

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Vrag, II., Nebojska 18.

Telephone.
Tagesredaktion:
26795, 31469.
Nachtredaktion: 26797

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachschlag.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
jährlich . . . 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich fünfmal.

10 Jahrgang.

Donnerstag, 3. April 1930

Nr. 80.

Noch einmal Bankenfusion. Der Konsolidierungsfond wird ausgeschaltet.

Prag, 2. April. Die gestrige Debatte im Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses über die Zweckmäßigkeit, bezw. Gefährlichkeit der Heranziehung des Konsolidierungsfonds zur Durchführung der bekannten Bankenfusion fand heute ihre Fortsetzung in einer Beratung beim Finanzminister Dr. Engliš. Ueber Einschreiten der tschechischen Sozialdemokraten ließ der Finanzminister seine Absicht, die 300 Millionen-Einlage zur Sanierung der Banken dem Konsolidierungsfonds zu entnehmen, wieder fallen und kündigte an, daß er die 300 Millionen Kassa-Reserven entnehmen werde. Mit der Angelegenheit, bezw. mit der Frage, ob diese Maßnahme vom Parlament in Form eines Gesetzes beschlossen werden muß, wird sich jedenfalls noch der Ministerrat beschäftigen.

Budgetdebatte im Senat.

Der Justizminister setzt sich gegen persönliche Angriffe zur Wehr.

Prag, 2. April. Der Senat setzte heute in ganztägiger Sitzung die Debatte über den Staatsvoranschlag fort, wobei mehr als ein Dutzend Redner zu Worte kamen. Von deutschen Rednern hob Medinger die Benachteiligung der Deutschen durch die Bodenreform hervor; er schätzte die Einbuße des deutschen Volksvermögens auf fast 5 Milliarden Kronen. Weiters setzte er sich für die Einstellung der Waldenteignung seitens des Staates und der Länder ein.

Am späten Nachmittag griff unerwartet
Justizminister Dr. Weiskner

in die Debatte ein, um auf Angriffe zu erwidern, die gestern der Sigist Trnava gegen das Justizministerium und die Kabinettskanzlei des Präsidenten gerichtet hatte. (Es geht um den Diebstahl der Valffy-Akten, der seinerzeit von Stránský in Panace verübt wurde. Da diese behaupteten, von dem Redakteur A. S. J. der Středomoravské Presse angestiftet worden zu sein, wurde ein Strafverfahren gegen A. S. J. eröffnet. Trnava hatte nun behauptet, daß der öffentliche Ankläger nur deshalb diese angeblich unhaltbare Anklage erhoben habe, weil es sich dem Justizministerium um eine Skandalisierung der Středomoravské Presse handelte; auch die Kanzlei des Präsidenten der Republik habe sich in den Gang der Untersuchung hineingemischt.)

Der Minister setzt sich gegen diese Angriffe entschieden zur Wehr, wies den Vorwurf der Parteilichkeit temperamentvoll zurück und erklärte, persönlich die Verantwortung für die Anklageerhebung zu übernehmen. Er legt dann die Gründe dar, die objektiv für die Einleitung des Strafverfahrens gegen A. S. J. gesprochen hätten; ob dieser tatsächlich schuldig sei, werde das Gericht entscheiden. Die Behauptung, die Kanzlei des Präsidenten habe sich für die Valffy-Akten interessiert, daraus die Anklage des Abg. Bradac erheben lassen und die Einvernahme des agrarischen Abg. Beran gefordert, dementiert Dr. Weiskner auf das entschiedenste.

Nach dem Minister kam Genosse Foll zu Wort, der in scharfer Form Verwaltungsmisstände geißelte, sich mit den unhaltbaren Schulverhältnissen im Südböhmer Ländchen befaßte und dann an der Bürokratieherrschschaft im Verteidigungsministerium an Hand unzulänglicher Tatsachen vernichtende Kritik übte. Wir werden uns mit dieser Rede noch ausführlicher beschäftigen. Von den späteren Rednern verlangte Feierlich alles Ernstes die Einführung der religiösen Bekenntnisschule.

Die Debatte geht morgen vormittag weiter.

Wider Erwarten wurde auch heute die Vorlage über die Gleichstellung der Altpensionisten im Senat nicht aufgelegt. Wie wir erfahren, hat der Senatspräsident Genosse Soukup persönlich wegen der beschleunigten Drucklegung der Vorlage eingegriffen, die nunmehr morgen auf jeden Fall vorgelegt werden soll.

Die Reform der Arbeitslosenunterstützung.

Ein bedeutamer sozialpolitischer Fortschritt.

Die Regierung hat soeben dem Parlament die Novelle zum Gesetz über die Unterstützung Arbeitsloser gemäß dem Genter System überreicht. Der Entwurf bedeutet eine

wesentliche Verbesserung der bisherigen Regelung der Arbeitslosenunterstützungen.

Der Entwurf verlängert er in weitestgehendem Maße die Unterstützungsdauer. Während bisher die Unterstützung und der Staatsbeitrag ununterbrochen während einer Zeitdauer bis zu höchstens 13 Wochen ausgezahlt werden konnte,

verlängert der Entwurf die Unterstützungsdauer auf das Doppelte, d. i. auf 26 Wochen.

Dabei berücksichtigt er auch diejenigen Personen, welche ihren Anspruch auf Unterstützung und Staatsbeitrag bereits zur Gänze oder teilweise erschöpft haben, und verlängert für sie den Anspruch auf Unterstützung und Staatsbeitrag gleichfalls auf insgesamt 26 Wochen.

Diese Verlängerung der Unterstützungsdauer hat für die Zeit normaler Arbeitslosigkeit Geltung. Falls jedoch infolge länger dauernder ungünstiger Arbeitsmarktverhältnisse eine außerordentliche Arbeitslosigkeit Platz greift und der Arbeitslose dadurch nicht nur in seinem, sondern auch im Unterhalt seiner ganzen Familie gefährdet ist, gewährt der Entwurf solchen arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern, welche gemäß den Organisationsstatuten noch keinen Anspruch auf Unterstützung erlangt oder den Anspruch auf Unterstützung und Staatsbeitrag bereits erschöpft haben, den Anspruch auf Unterstützung und Staatsbeitrag für die Dauer von weiteren 13 Wochen im Jahre.

Damit wird die Zeitdauer des Anspruches auf Unterstützung und Staatsbeitrag während des Unterstützungsjahres bis zu 39 Wochen oder 9 Monaten im Unterstützungsjahr verlängert.

Die Gesamthöhe der täglichen Unterstützung mit Staatsbeitrag bleibt unverändert, wird jedoch grundsätzlich für eine doppelt so lange Dauer gewährt.

Die durch diese Regelung herbeigeführte höhere Ausgabe trägt der Staat,

welcher mit dem Drei- bis Vierfachen der täglichen Organisationsunterstützung beitragen wird. Hierbei wird die Begünstigung für verheiratete Mitglieder mit einjähriger Mitgliedsdauer in der Organisation und für ledige Mitglieder mit fünfjähriger Mitgliedsdauer in der Organisation beibehalten, welche höhere Beträge beziehen werden. Der Entwurf enthält außerdem die Neuerung, daß der Minister für soziale Fürsorge ermächtigt sein wird, in rücksichtswürdigen Fällen zu entscheiden, daß die gleiche Begünstigung auch denjenigen männlichen und weiblichen Mitgliedern zusteht, wenn sie für ihre unversorgten Kinder aufzukommen haben, sofern sie für letztere keine regelmäßige Alimentation erhalten.

Nach dem Entwurf darf der Staatsbeitrag zur Organisationsunterstützung höchstens 18 K

täglich, d. i. um 6 K mehr als es bisher der Fall war, betragen. Obwohl dieser Maximalbetrag nach den bisherigen Erfahrungen nur für einen geringen Teil der gesamten Arbeitslosen in Betracht kommt, bedeutet er dennoch eine zweifelhafte Verbesserung gegenüber dem früheren Stande.

Die Summe der Organisationsunterstützung und des Staatsbeitrages darf wie bisher zwei Drittel des letzten Lohnes des Arbeitslosen nicht übersteigen. In dieser Richtung enthält der Entwurf eine weitere Verbesserung, indem er bestimmt, daß bei Beurteilung des letzten Lohnes des Arbeitslosen als Berechnungsgrundlage die der schlechter bezahlten Beschäftigung vorausgehende Beschäftigung genommen wird, vorausgesetzt, daß die schlechter bezahlte Beschäftigung nicht länger als drei Monate gedauert hat.

Bisher hat das Gesetz den Anspruch auf Staatsbeitrag während der Arbeitslosigkeit von dem Tage an zuerkannt, an welchem sich der Arbeitslose um ihn gemeldet hat, falls die Arbeitslosigkeit wenigstens acht Tage gedauert hat. Der Entwurf verkürzt diese Wartezeit zugunsten der Arbeitslosen auf sieben aufeinander folgende Tage.

Neben den oben erwähnten wichtigen Bestimmungen für den Fall außerordentlicher Arbeitslosigkeit enthält die Novelle eine weitere bedeutungsvolle Neuerung in ihren Bestimmungen über

produktive Arbeitslosenfürsorge.

Der Minister für soziale Fürsorge wird nämlich ermächtigt sein, aus den zur Veranpung der Arbeitslosigkeit bereitgestellten Mitteln Notstandsarbeiten zu unterstützen, welche im öffentlichen Interesse unternommen werden, und zu welchen hauptsächlich arbeitslose Personen aufgenommen werden sollen, zu deren Lohn der Staat mit einem Höchstbetrage von 10 K täglich beitragen wird. Durch diese Bestimmungen wird es möglich sein, die Arbeitslosigkeit zu mildern und gleichzeitig für die Volkswirtschaft neue produktive Werte zu schaffen.

Außerdem sollen entsprechend einem grundsätzlichen Beschlusse Maßnahmen zur Unterstützung von Personen getroffen werden, welche bei eingeschränkter Arbeitszeit und schichtweise beschäftigt sind. Zu diesem Behufe wird dem Ministerrat in aller nächster Zeit der Entwurf eines Gesetzes über die

Unterstützung nur beschränkt beschäftigter Personen

zur verfassungsgemäßen Verhandlung vorgelegt werden.

Die Novelle zum Gesetz über das Genter System bildet eine neue und sehr wichtige soziale Errungenschaft zugunsten der Arbeiterschaft und wird infolge ihrer weitreichenden Bestimmungen zur Verringerung der durch die Arbeitslosigkeit verursachten Folgen und zur teilweisen Einschränkung der Arbeitslosigkeit selbst beitragen.

Gandhis Erfolgswacht wächst.

London, 2. April. Wie aus Surat berichtet wird, hielt Gandhi, der dortselbst gestern eintraf, eine große Rede. Nach ihrer Beendigung verzichteten sofort 170 Bürgermeister und Beamte aus den umliegenden Bezirken auf ihre Amtsstellen und 1000 Freiwillige schlossen sich Gandhi an. Demgegenüber wird jedoch aus Poona die Gründung einer Anti-Gandhi-Bewegung berichtet, welche die Bezeichnung „Nationale indische Gegenrevolutionärpartei“ trägt. Diese Partei wirft Gandhi vor, nichts zu Gunsten der unterdrückten indischen Klassen zu tun, und will aus diesem Grunde die Bewegung Gandhis unterdrücken.

Kommunisten und Reichswehr.

Berlin, 2. April. Der Polizei ist es gelungen, den Leiter der Neuruppiner Ortsgruppe der KPD und zwei andere Kommunisten der Ferkelungsarbeit in der Reichswehr zu überführen. Sie haben in gedruckten Aufzügen, die in einer geheimen Druckerei hergestellt wurden, die Soldaten aufgefordert, sich ihrer Offiziere zu entledigen und der KPD beizutreten.

Der gesplattene „Vorwärts“.

Zum ersten April erschien — und nun war geneigt, es zunächst nur für einen Aprilscherz zu nehmen — der Reichenberger „Vorwärts“, ehemals Zentralorgan der deutschen Sektion der KPD, bis in die letzte Zeit noch immer das führende deutsche Blatt des Politbüros, unter zweierlei Gestalt. Der alte, in Reichenberg gedruckte und erscheinende „Vorwärts“ wäre wahrscheinlich kaum einem Laien aufgefallen. Es gibt zwar eine große Abrechnung mit dem Politbüro, Aufträgen und Drohungen, Rechtfertigung und Richtungsstreit, aber wer, der in drei Jahren sämtliche Wandlungen der Kommintern verfolgt, alle Linien nachgezogen und sämtliche Plattformen erstiegen hat, welcher „Vorwärts“-Leser könnte da auf den ersten Blick ermitteln, ob eine neue oder alte Plattform, eine richtige oder falsche Linie ihn narret! Erst als mit rotem Kopf — im doppelten Sinne des Wortes — der andere „Rote Vorwärts“ erschien, der in der Druckerei der „Internationale“ in Auffig hergestellt wird, konnte man sich einigermaßen im Gewirr der Linien orientieren.

Zwischen der kommunistischen Partei und den von Kommunisten beherrschten Genossenschaften wird seit langem kein guter Faden gesponnen. Die KPD hat die Genossenschaften wie alle anderen proletarischen Organisationen stets nur als Exerzierfeld für ihre Spaltungsmanöver, als Mittel zum Zweck und als Geldgeber angesehen. Ob eine Organisation, ob eine Genossenschaft dabei zum Teufel ging, das war kein Problem für die Politbürokraten. Die Reichenberger Konsumgenossenschaft „Vorwärts“ hat lange Zeit hindurch schwere Opfer jeder Art für die KPD gebracht. Ihre leitenden Funktionäre und Gesellschaftler, eben die, welche man jetzt aus der Partei geworfen hat und die nun den „Vorwärts“ herausgeben, waren treue Gefolgsleute der kommunistischen Partei bis in die jüngste Zeit. Sie wollten aber auch gute Genossenschaftler sein und den Besitz der nordböhmerischen Arbeiterschaft, der aus blutigen Arbeiterkämpfen in jahrelanger mühevoller Arbeit geschaffen worden war, vor dem Zugriff der Bankrottore bewahren. Gerade die jetzt ausgeschlossenen Gesellschaftler der Druckerei, die Lude, Runge, Boutschel waren es, die für den Bestand der nordböhmerischen Genossenschaft das Menschennögliche taten und denen es zu danken ist, daß die Betriebe der Reichenberger Arbeiter dankt wurden.

Im Herbst vorigen Jahres stellten die Kommunisten den Genossenschaften das Ansehen, das Kapital für die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung durch die kommunistischen Gewerkschaften flüssig zu machen. Die Genossenschaften sollten insgesamt eine Viertelmillion Kronen anbringen, die Reichenberger Genossenschaft allein 80.000 Kronen. Da sich den genossenschaftlichen Funktionären die Geduld, Landes Weigerung, den kostbaren Besitz der Arbeiterschaft den Bankrottoren auszuliefern, führte zum Bruch. Die Politbürokraten forderten, daß Aufsichtsrat und Vorstand der Genossenschaft ihre Mandate niederlegten. Dieser Versuch, die Genossenschaft „Vorwärts“ und die Druckerei vollends zu einem Anhängsel der Partei zu machen, scheiterte an dem geschlossenen Widerstande der verantwortlichen Körperschaften und des genossenschaftlichen Personals. Das Politbüro verschrieb sich noch einen Herrn Ertinger aus Merseburg, von dem der „Vorwärts“ nun erzählt, daß er seine Eignung zur Beratung genossenschaftlicher Funktionäre dadurch erwiesen habe, daß er der Reihe nach eine große Zahl ihm anvertrauter Konsumvereine heruntergewirtschaftet habe. Dieser Ertinger soll auch in Reichenberg haarsträubende Dinge verlangt haben. Er wollte Hypotheken aufnehmen und Devisen kaufen, um das Kapital der Genossenschaften für Parteizwecke flüssig zu machen, die Gebäude überwerten und ähnliche Praktiken durchführen, die binnen kürzester Zeit zum Zusammenbruch der Reichenberger

3.700.000 Arbeitslose in den Bereinigten Staaten

New York, 1. April. Die Arbeitslage in den Vereinigten Staaten von Amerika schilderte Präsident Green von der American Federation of Labour vor dem mit der Untersuchung der Arbeitslosigkeit beauftragten Senatsausschuss sehr pessimistisch. Nach den Schätzungen Green waren im Februar rund 3.700.000 Lohnempfänger arbeitslos. Der Lohnverlust überstieg 400 Millionen. Green sagte, die Regierung müsse für die Arbeitslosen sorgen, sonst habe sie die Revolution auf dem Halbe. Sie müsse entweder vermehrte Arbeitsgelegenheiten schaffen oder größere Unterstützungen zahlen. Seit Oktober sei die Arbeitslosigkeit infolge der schlechten Geschäftslage von 11 Prozent auf 22 Prozent gestiegen. Im Februar 1930 sei sie sogar auf etwa 25 Prozent angewachsen. Green befürwortete, den Vorschlag des Senators Wagner anzunehmen und dementsprechend eine Kommission zu schaffen, die den Plan studieren soll, langfristige öffentliche Bauarbeiten in Angriff zu nehmen.

Entscheidung in Schweben.

Die Deutschnationalen überlegen noch

Berlin, 2. April. (Eigenbericht.) In der heutigen Reichstags-Sitzung wurde die Beratung über die Programmklärung der Regierung Brünning begonnen.

Der sozialdemokratische Redner Dr. Breitscheid wandte sich in schärfster Weise gegen das neue Kabinett. Er erklärte, daß das Zentrum nicht nach dem Artikel 48 der Reichsverfassung zu greifen brauchte, wenn es zusammen mit der Sozialdemokratie die Finanzregelung hätte vornehmen wollen, für die eine Mehrheit vorhanden war. Diesen verfassungsmäßigen Weg sei das Zentrum nicht gegangen, heute aber drohe es mit verfassungswidrigen Maßnahmen. Die Sozialdemokratie habe sich nicht aus Begeisterung an der großen Koalition beteiligt, sondern weil es gegenwärtig keine andere regierungsfähige Mehrheit im Reichstag gebe. Breitscheid zeigte dann, wie hinter den Kulissen schon lange am Sturz der Regierung Müller gearbeitet worden sei. Der Verfassung sei dabei eine Auslegung gegeben worden, die ihrem Sinne ebenso wie ihrem Wortlaut widerspreche. Jetzt sähen im Kabinett Leute, die noch vor vierzehn Tagen gegen den Young-Plan gestimmt hätten, und mit ihnen wolle Herr Brüning die bisherige Außenpolitik fortsetzen! Wenn jetzt auch die maßlose agrarischen Forderungen Schieles durchgesetzt werden sollten, würde das für das Reich eine Finanzkatastrophe heraufbeschwören. Redner warnte Brüning, sich auf die verfassungswidrige Anwendung des § 48 einzulassen. Die Sozialdemokratie habe diesen Artikel allerdings nicht zu fürchten, ebenso wenig wie eine Auflösung des Reichstages.

Deutschnationale Entscheidung gegen das Kabinett ausfallen?

Berlin, 2. April. Der „Börseurier“ teilt mit: Die Deutschnationalen haben über ihre Haltung abgestimmt. Dabei erobren sich 37 Stimmen für das Mißtrauensvotum, 18 Stimmen dagegen. 8 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Man macht sich in Regierungskreisen darauf gefaßt, daß morgen das Mißtrauensvotum angenommen und der Reichstag aufgelöst wird. In diesem Fall wird Reichskanzler Brüning eine Erklärung abgeben, daß der Artikel 48 nur auf verfassungsmäßiger Grundlage angewendet werden würde und daß bei allen Verordnungen und Erlassen auf Grund dieses Artikels vorher die verfassungsmäßige Zuständigkeit geprüft werde.

Während im Plenum die Debatte weiterging, wurden in den Reihen der Deutschnationalen die Auseinandersetzungen darüber geführt, ob man das Kabinett unterstützen oder an seinem Sturz mitarbeiten sollte. Die Vertreter der Agrarier fordern, daß die Deutschnationalen für die Regierung stimmen. Da man sich in der Deutschnationalen Fraktion darüber noch nicht einigen konnte, so verlangten sie die Vertagung der Abstimmung über die Regierungserklärung bis 14. April. Davon wollten aber die anderen Regierungsparteien und auch der Reichskanzler nichts wissen.

Man brach die Aussprache daher um 4 Uhr nachmittags ab, um den Deutschnationalen noch eine letzte Frist zur Überlegung zu geben. Zur Stunde ist es immer noch zweifelhaft, in welcher Richtung sie sich entscheiden werden. Bei den anderen Regierungsparteien rechnet man damit, daß sich die Deutschnationalen in drei Teile zersplittern werden, von denen der erste für, der zweite gegen die Vorlage stimmen wird, während sich ein dritter Teil der Stimme enthalten dürfte. Damit wäre also die Regierung gerettet.

Sollte es jedoch anders kommen, will der Reichskanzler den Reichstag noch vor der Abstimmung über das sozialdemokratische Mißtrauensvotum auflösen. Die Vollmacht dazu soll er vom Reichspräsidenten bereits erhalten haben.

Der Sozialdemokratie wäre es nur recht, wenn Neuwahlen unter der Parole der Erhaltung der Sozialversicherung durchgeführt würden. Ihr Parteiparagraf ist gerüstet, sofort in den Wahlkampf einzutreten.

Genossenschaften geführt hätten, deren Sauerung einzig den „Liquidatoren“ um Runge und Lude zu danken ist — wie immer man politisch über diese halbtschlächtige Opposition denken mag, die noch immer versucht, von einem schlecht informierten an ein besser zu informierendes Effi zu appellieren und den Kommunismus in Nordböhmen zu konservieren.

Das Politbüro leitete gegen die Gesellschafter der Druckerei eine wilde Hege ein, die schon auf den Grunddafford gestimmt war, der jetzt im „Roten Vorwärts“, diesem Aprilscherz der Stalinisten, mit vollem Klang durchbricht: „Neurath, Lude u. Co. stehen das Vorwärts-Gebäude! Schützt das Parteieigentum vor den sozialfaschistischen Dieben!“ usw. Die Gesellschafter der Druckerei aber, vor allem Runge und Lude, blieben fest in ihren Bemühungen, die letzten Reste von Arbeitergut in Nordböhmen dem räuberischen Zugriff der Bankrottzeu zu entziehen. Da die Schuldlast des „Vorwärts“ bei der Druckerei bedenklich anstieg, verlangten die Leiter der Druckerei vor dem Wiedereintritt des Blattes eine Anzahlung von 50.000 Kronen, die das Politbüro entweder nicht aufbringen konnte oder für diesen Zweck nicht aufbringen wollte. So entschlossen sich die „Liquidatoren“, hinter denen die Mitglieder der Genossenschaft stehen, den „Vorwärts“ ohne die Mitwirkung des Politbüros und seiner Redakteure herauszugeben.

Der „Rote Vorwärts“ stellt nun das Konkurrenzblatt dar, mit dem die KPC ihr eigenes Parteiblatt ausmerzen will. So weit hat es der Bolschewismus im deutschen Gebiet gebracht, daß sein größtes, sein führendes Organ den Bankrott aufdeckt, gegen den Schwindel Stellung nimmt, und daß er sich gezwungen sieht, die Hochburg Reichenberg zu verlassen, um in Aussicht ein Blättchen herauszugeben, mit dem er feinstenwegs das Vertrauen der Arbeiter zurückerobern, sondern höchstens die Hege der letzten Wochen gegen die „Sozialfaschisten“ und „Liquidatoren“ eine Weile fortsetzen kann. Welch jämmerliches Ende des nordböhmerischen Kommunismus! Welcher Abstieg von jenem Gipfel, auf dem die Arbeiterpresse und die Institute der nordböhmerischen Arbeiter im Reichenberger Kreis standen, als noch die einige Partei dort nach Zehntausenden ihre Anhänger musterte. Der „Vorwärts“ hatte aber auch in den Jahren nach der Spaltung, unter Kreibichs und Winterniks Führung, bis zu den ersten Bolschewisierungskampagnen etwas zu sagen. Er hatte eine Meinung, er vertrat sie, er war ein beachtenswerter Gegner, seine Polemik mochte gehässig sein, sie hatte doch Niveau. Seit 1925, seit den ersten Bolschewisierungskampagnen, ging es furchtbar bergab. Wer konnte in dem Gebelzer und Geleise der endlosen Resolutionen, in den schreienden Lettern der tollsten Aufrufe, in dem größten Wahnsinnigen Wortschwall der Kampfberichte, in dem Gefudel, das sich für Polemik gab, noch den alten „Vorwärts“ erkennen!

Nun ist es soweit, daß der erste Spalter der jüdisch-deutschen Arbeiterbewegung, das Organ, in dem die Giftsaat der Violettracht zuerst aufging, das zur Spaltung der mächtigen Partei, zum Niedergang der Arbeiterbewegung soviel beigetragen hat, selbst gespalten ist. Zinsfällig ist diese Halbierung des „Vorwärts“ in eine Reichenberger und in eine Auffiger Hälfte, dieser Exodus der KPC, aus ihrer Hochburg, diese Opposition des ältesten kommunistischen Blattes gegen die jüngste Führergarnitur einer bankrotten Partei. „Diebe“ und „Räuber“ heißen nun im „Roten Vorwärts“ die Herausgeber des „Vorwärts“ und das Blatt, das noch vor wenigen Wochen die Arbeiter als das vorbarbarische Gut der KPC angepriesen wurde, wird jetzt wütender beschimpft als selbst wir. In der Fieberhitze dieses letzten Gemetwels, das die Ueberlebenden aller Reichtungen nun einander liefern, geschehen die lächerlichsten Dinge. Der „Rote Vorwärts“, drauf und dran, den „Vorwärts“ zu schmähen, koste es was es wolle, erzählt, daß im August 1914 die Einstellung des „Vorwärts“ „dank dem Zusammenwirken der Schäfer und Co., mit dem Grafen Stürgath und Kaiser Franz Joseph“ erfolgt sei! Die Schäfer u. Co. haben also dank ihren Beziehungen nicht vielleicht ihr Blatt retten können, sondern es einstellen lassen! Es ist ein Narrentreiben tollster Art, das einem dieser zweifelhafte „Vorwärts“ vorführt, während der andere mit denselben Lettern, die gestern noch das Evangelium des Politbüros verkündeten, alle Sünden der Bankrottzeu aufzählt. Im Wettlauf zwischen „Vorwärts“ und „Vorwärts“ kann es für die Arbeiter, solange sie unter dieser Flagge laufen, nur ein „Rückwärts“ geben! Haben jene sich erst einmal zu Tode gelaufen, dann soll es auch in Nordböhmen wieder „Vorwärts“ gehen!

Sparjamkeit an falscher Stelle.

Rückständigkeit unserer Gesundheitsfürsorge - Die Rationalisierungsfolgen.

Prag, 2. April. Der gestrigen Rede des Genossen Dr. Holitscher im Senat, der eingehend auf dringende Fragen der Volksgesundheit zu sprechen kam und sich auch mit der sozialen Sendung des Arztesstandes auseinandersetzte, entnehmen wir folgende Stellen:

Genosse Dr. Holitscher

erklärt, daß er ganz gewiß nicht mit Begeisterung für den Vorschlag stimmt. Es sei bedauerlich, daß leider nur sehr wenige Ärzte im Parlament sind, denn sonst würde das Parlament vielleicht der Volksgesundheit etwas mehr Aufmerksamkeit zuwenden als es im allgemeinen der Fall ist. Das wichtigste Kapital des Staates ist der Mensch, den in seiner leiblichen und geistigen Gesundheit zu schützen die wichtigste Aufgabe des Staates sein müßte. Leider wird da immer wieder eine ganz falsche Sparjamkeit angewendet. Man gibt kein Geld aus, um den Menschen zu schützen und zu bewahren, und das ist in Wahrheit Verschwendung. Ein deutscher Gelehrter hat kürzlich den wirtschaftlichen Schaden festzustellen versucht, der dem Staate dadurch entsteht, daß die Menschen durch Volkskrankheiten, namentlich durch Tuberkulose und Krebs, im Jahresverlaufe früher sterben als es dem natürlichen Lauf der Dinge entsprechen würde. Er hat errechnet, daß dieser Schaden in Deutschland jährlich zehn Milliarden Mark beträgt. Auch bei uns würden wir sicher zu erschreckenden Zahlen kommen, da ja hier die Zügelungs- und Tuberkulosesterblichkeit noch bedeutend höher ist als in Deutschland. Vor wenigen Tagen hat mein Klubkollege Karolim mit Recht darauf hingewiesen, daß die elenden Wohnungsverhältnisse an der hohen Tuberkulose- und Zügelungssterblichkeit einen bedeutenden Teil der Schuld tragen. Den restlichen Teil der Schuld trägt unsere Rückständigkeit in dieser Beziehung und

der Mangel an Krankenhäusern und Heilstätten,

für die einfach kein Geld da ist. Durch unser schreckliches Gemeindefinanzgesetz wurde die Situation erst recht verschlimmert. Als Beispiel führt Genosse Holitscher den Vorschlag der Stadt Komotau an, aus dem — nach 14 Monaten! — vom Landesamt alle Subventionen für Jugendfürsorge, das Waisenhaus, Arbeitslosenfürsorge, das Taubstummen- und Blindeninstitut, für Waisenspflege den Landeshilfsverein für Lungentränke usw. gestrichen wurden.

Die Tuberkulosefürsorge liegt bei uns noch vollständig im Argen.

Die Krankenversicherungsanstalten sind eigentlich die einzigen, die heute mit einigem Erfolg die Tuberkulosebekämpfung durchführen; sie sind aber bei den sonstigen Anforderungen, die heute an sie gestellt werden, dieser Aufgabe nicht gewachsen. Man wirft der Krankenversicherung vielfach vor, daß sie von Simulanten ausgenutzt werde. Ich wehre mich entschieden gegen diesen Vorwurf. Wenn heute höhere Anforderungen an die Rassen gestellt werden, so rührt das daher,

Nahe verschlechtert hat, und zwar durch die Steigerung der Ansprüche, die an den geistigen und körperlichen Arbeiter heute gestellt werden. Die Rationalisierung, die aus dem Menschen das letzte an Kraft herausscholt, macht sie krank!

Nach Untersuchungen in einem großen Dresdner Betrieb haben seit der Einführung der Rationalisierung die Krankheitsfälle um 41 Prozent und die Krankheitsdauer um 30 Prozent zugenommen, während die Belegschaft lediglich um 21 Prozent zunahm. Auch bei der Reichseisenbahn, wo die Angestellten körperlich nicht simulieren können, hat sich herausgestellt, daß gerade bei den Betriebsabteilungen, in denen die Rationalisierung durchgeführt wurde, die Krankheitsziffer in Prozenten bedeutend gestiegen ist.

Die Grundlagen unserer Krankenversicherung passen für die heutige Zeit nicht mehr und daher muß unsere Krankenversicherung auf eine ganz neue Grundlage gestellt werden.

Eine der gefährlichsten Lücken ist die, daß die Arbeitslosen keine Krankenversicherung haben, obwohl sie Arzt und Apotheker am notwendigsten benötigen. Der zweite Fehler ist der, daß die Alters- und Invaliditätsrentner von der Krankenversicherung ausgeschlossen sind. Unsere Zentralsozialversicherungsanstalt gibt sich Mühe, alles zu tun, was für die Volksgesundheit nötig ist; in dieser Anstalt herrscht wirklich sozialer Geist. Von anderen sozialen Instituten, so von unserer Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt, kann man dies jedoch nicht sagen. Dort geht man direkt darauf aus, herauszufügeln, auf welche Weise man die Menschen um ihre berechtigten Ansprüche bringen oder sie wenigstens herabmindern könnte.

Die Sozialversicherung allein kann aber die Volkskrankheiten nicht bekämpfen. Dazu gehört ein Zusammenwirken der Krankenversicherung, der freien sozialen Fürsorge und des öffentlichen Gesundheitswesens.

Letzteres versagt aber vollständig, besonders seit die Selbstverwaltungskörper durch das Gemeindefinanzgesetz so gut wie vollständig ausgeschaltet wurden. Zur Reform des Gemeindefinanzgesetzes soll, wie der Herr Finanzminister uns angekündigt hat, ein Teil der erhöhten Biersteuer verwendet werden, die 200 Millionen betragen soll. Wir sind der Meinung, daß man das heute leicht tun kann, ohne daß dadurch der Bierpreis erhöht werden muß. Der Bierpreis ist ja seit Jahren unverändert geblieben, obwohl die Rohstoffe zur Bierzeugung — der Hopfen allein von 5—6000 Kronen auf 400 Kronen! Gerade beim Bier machen aber die Rohstoffe die Hauptsache in der Preisalkulation aus, während für die Arbeitelöhne nicht viel auszugeben wird. Aber heute schon werden in den Zeitungen Statistiken gebracht, daß die Brauereien die Kosten dieser Steuererhöhung, die pro Hektoliter 20 Kronen ausmachen würde, angeblich nicht selbst tragen können, sondern auf die Konsumenten überwälzen müßten. Dabei verteilt die Zwickauer Brauerei 80 Prozent Dividenden, investiert noch im Jahr eine Million und schreibt

diese ganze Million im selben Jahre wieder ab. Wenn die Pilsener Bürgerliche Brauerei neuer für einen Brauannteil 80.000 Kronen ausgibt, so sehen wir doch, daß die Biersteuererhöhung ganz gut ein geführt werden könnte, ohne daß gleichzeitig der Bierpreis erhöht werden müßte.

Ueber die Krankenhausbetten

wurde in letzter Zeit viel gesprochen und geschrieben, besonders soweit sie Prag anlangt. Aber auch in der Provinz, wo unsere Krankenhäuser gut ausgestattet sind, reichen sie für die heutige Zeit leider nicht mehr aus. Heute kommen die Leute schon ohne Zehen in das Krankenhaus, und immer mehr kommen wir zu der Erkenntnis, daß eine große Zahl von Krankheiten nur im Krankenhaus behandelt und geheilt werden kann, weil die Wohnung, natürlich am meisten die des Proletariats, aber auch selbst die des Mittelstandes, zur Behandlung und Pflege von Krankheiten, besonders der chirurgischen, absolut nicht mehr hinreicht.

Die Zahl der Krankenhausbetten ist absolut unzureichend.

Im Jahre 1927 entfielen in Deutschland auf je 1000 Einwohner 5,7 Krankenhausbetten, in der Tschechoslowakei dagegen 1,99 (Hört! Hört!), also kaum ein Drittel.

Zum Schluß befaßt sich Genosse Holitscher mit der schweren wirtschaftlichen Lage des Arztesstandes. Unter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die sich immer mehr zuspitzt, sind die Ärzte genötigt, soviel Geld als nur möglich zu verdienen. Darum haben sie sich auch vielfach gegen die Sozialversicherung und gegen die Krankenversicherung selbst gewendet oder sich zumindest nicht in hinreichendem Maße in den Dienst dieses sozialen Fortschrittes gestellt. Immer mehr wird es zur Aufgabe der Ärzte, nicht nur Krankheiten zu heilen, sondern sie zu verhüten. Das wird aber heute kaum bezahlt. Was unsere staatlichen Amts- und Distriktsärzte dafür bekommen, ist in Pappenstiel. Die Ärzte sind auch für den Aufgabenkreis der Kranken- und Sozialversicherung nicht genügend vorgebildet, sie lernen nirgends, von welchen Umständen die Arbeitsfähigkeit oder Arbeitsunfähigkeit eines Menschen abhängt. Redner verlangt daher von der Universität eine Vorbereitung des ärztlichen Nachwuchses auch in dieser Richtung.

Zum Schluß begründet Genosse Holitscher unsere Stimmenabgabe für das Budget mit der Bindung durch die Koalition: Wir waren bei unserem Regierungseintritt davon überzeugt, daß wir manchmal unsere Hand für Dinge erheben müssen, die nicht sozial sind, die wir aber doch ertragen, weil wir hoffen, daß wir in diesem andern durch unsere Teilnahme an der Regierung manches zum Besseren zu wenden imstande sein werden. In dem Augenblick, da wir uns überzeugen sollten, daß unsere Hoffnung nichtig ist, daß wir nicht erreichen können, was wir erreichen wollen, werden wir aus dieser Erkenntnis auch die Folgerungen ziehen. (Beifall.)

Schmerzen der Industriellen

Wie das Organ der Großbourgeoisie, das „Prager Tagblatt“ vom 28. März berichtet, hat der Arbeitgeberausschuß des Industriellen-Svaz zu dem Gesetzentwurf betreffs Novellierung des Genet Systems Abänderungsvorschläge vorgebracht.

Der Entwurf des Fürsorgeministeriums sieht Erhöhung des staatlichen Beitrages auf das dreifache des Gewerkschaftsbeitrages vor, während bisher die staatliche Quote gleich oder nur um 50 höher war, als die Gewerkschaftsquote. Der Arbeitgeberausschuß meint, daß bei einer so wesentlichen Erhöhung des staatlichen Beitrages die Gewerkschaften bei der Unterstützungsgewährung infolge ihrer verminderten finanziellen Belastung nicht mehr so rigoros vorgehen würden. Die Arbeitslosenzahl könnte sich dadurch erheblich vermehren und die hierfür im Budget eingelegten 40 Millionen, die für etwa 100.000 Personen reichen, nicht mehr genügen. Die Arbeitgeber lehnen ferner die obligatorische Meldung freigewordener Stellen bei den Arbeitsvermittlungen ab. Statt des beantragten Staatsbeitrages für öffentlich-rechtliche Körperschaften bei Rotstandsbauten (10 K je beschäftigte arbeitslose Person) wären unvermeidliche Staatsdarlehen an öffentliche Bauherren zu gewähren.

Es wird allmählich doch geradezu verdrängt, in welchem Maße die Herren Industriellen um die Staatsfinanzen besorgt werden, wenn ein paar Millionen Kronen für die armen Teufel von Arbeitslosen verausgabt werden sollen. Als den Pfaffen die Kongrua erhöht wurde, haben sie kein Wort des Protestes gefunden. Der Milliarden-Rüstungsfonds, das Milliardenbudget hat sie nicht im mindesten berührt. Und jetzt die armeneligen 40 Millionen für die Arbeitslosen bilden für sie den Stein des Anstoßes. Das nimmt sich besonders gut aus, wenn in derselben Nummer des „P. Tgb.“ auch zu lesen ist, wie hoch sich der Reingewinn einiger Industriellen beläuft. J. W.: die Goldhütte: Reingewinn: 11,925,519 K. Und das trotz der berühmten „sozialen Lasten“ in der Höhe von 6,130,000 und trotz der Abfreibungen von rund 12,000,000 K. Dabei bleibt immer noch die Frage offen, welche Beträge zur künftigen Herabsetzung des Reingewinnes verschleiert wurden.

Offenherzig geben die Herrschaften auch zu, warum sie gegen die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung sind. Am liebsten möchten sie diese natürlich ganz beseitigt haben, damit die Arbeitslosen durch Hunger gezwungen würden, jede Arbeit um jeden Lohn anzunehmen, und das dürfte wohl auch der Grund ihrer Abneigung gegen die öffentliche Arbeitsvermittlung sein.

Ein Schritt vorwärts. Stille für die Arbeitslosen.

Das schon über die Reichen der Sozialdemokratie hinaus die gesamte Öffentlichkeit aus dem Reichsstaatsbericht des Genossen Dr. Czech, den er vor einigen Tagen im Abgeordnetenhause des Senates gehalten hat, die Ueberzeugung gewonnen, daß unsere staatliche Sozialpolitik tatsächlich in guten Händen ist, so wird dieser Eindruck noch verstärkt und verstärkt durch die Robelle zum Arbeitslosengesetz, die gestern dem Abgeordnetenhause vorgelegt wurde.

Die Verschlechterung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt hat die Regierung seit ihrem Antritt gezwungen, sich mit dem Problem der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu befassen. Augenblicklich haben wir die stärkste Arbeitslosigkeit, die seit Jahren in der Tschechoslowakei geherrscht hat. In keinem Monate der Jahre 1925 bis 1929 war die Zahl der Arbeitslosen so groß wie jetzt. Im Jahre 1929 betrug die Zahl der Arbeitslosen in den Sommermonaten etwas über 30.000, im November über 38.000, um dann im Dezember über 52.000 hinauszuwachsen. Ende Jänner des heurigen Jahres betrug die Zahl der Arbeitslosen 73.891, Ende Februar 85.852. Zu diesen Ziffern, welche die Zahl der Arbeitslosen nicht einmal voll erfassen, treten noch die Kurzarbeiter, deren Zahl wohl noch größer sein dürfte als die Zahl der gänzlich Arbeitslosen. (Im Warnsdorfer Bezirk gab es zu Anfang des Jahres zehnmal so viel Kurzarbeiter als Arbeitslose.) Dieser traurigen Entwicklung gegenüber war die Unterstützung der Arbeitslosen viel zu mangelhaft. Sie stützte sich auf das sogenannte Center System, das heißt, der Staat zahlt gewisse Zuschüsse zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Aber das Gesetz hat zwei Fehler. Die Dauer der Unterstützung ist zu kurz und die Anforderungen, die an die gewerkschaftlichen Kassen gestellt werden, sind so groß, daß eine große Zahl der Verbände nicht nur die für die Zwecke der Arbeitslosenunterstützung bestimmten Beträge vollkommen ausbezahlt hat, sondern daß sie auch ihr Stammvermögen angreifen mußten.

Seitdem Genosse Dr. Czech Sozialfürsorgeminister ist, hat er der Frage der Arbeitslosigkeit sein besonderes Augenmerk zugewendet. Er hat zunächst eine außerordentliche Krisenunterstützung geschaffen, um den Altersarmen zu helfen. Er hat dann eine Verordnung gegen den Ueberstundenunfug herausgegeben, damit die Krise nicht über das durch die augenblickliche Wirtschaftslage gegebene Ausmaß hinaus vergrößert wird. Nun legt der Minister dem Parlament ein neues Arbeitslosengesetz vor, welches die Fehler des bisherigen Gesetzes zu beseitigen trachtet. Es sieht eine Verlängerung der Unterstützungsdauer auf das Doppelte und in kritischen Zeiten auf das Dreifache der bisherigen Zeit vor, nämlich von 13 auf 26, beziehungsweise 39 Wochen. Was das für die Arbeitslosen bedeutet, wird jeder vernünftige Mensch erkennen. Denn es ist für den Arbeitslosen naturgemäß viel leichter, innerhalb von neun Monaten als in der Zeit von drei Monaten Arbeit zu finden. Für Tausende von Arbeitslosen bedeutet also das Gesetz Schutz vor Hunger und ärmster Not. Aber auch der zweite Hauptfehler des bisherigen Gesetzes, die allzu starke Belastung der Gewerkschaften, wird beseitigt. Während sich bisher der Gewerkschaftsbeitrag zum Staatsbeitrag verhielt wie eins zu eins, verhält er sich von eins zu drei bis vier, das heißt der Staat zahlt den drei- bis vierfachen Betrag als die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung beträgt. Außerordentlich nützlich ist auch die Einführung einer produktiven Arbeitslosenfürsorge, das heißt der Staat kann jenen Untersuchern (wie etwa den Gemeinden), welche mit Rücksicht auf die Krise Arbeiter unternehmen, die sonst nicht geleistet würden, einen Zuschuß zu den Arbeitslöhnen zahlen, der bis zu zehn Kronen täglich beträgt. So bedeutet das neue Gesetz eine wesentliche Verbesserung der bisherigen Verhältnisse, einen großen Schritt nach vorwärts, ein großes Stück Sozialpolitik.

In dem Ministerium, zu dessen Aufgaben die Betreuung der Sozialpolitik gehört, weht nun ein ganz anderer Geist. Tatkräftig und mit unbeirrbarer Zähigkeit geht Genosse Dr. Czech den Weg, der einem Sozialdemokraten durch Ueberzeugung und Pflichtgefühl vorgeschrieben ist. Eine Reihe von Maßnahmen wurden außer der erwähnten Fürsorge für die Arbeitslosen getroffen. Wir erinnern nur an die Beschleunigung der Investitionsarbeiten, die gleichfalls zur Milderung der Wirtschaftskrise beitragen, an den Mieterschutz, der die Arbeiter in Zeiten der Krise vor Mietzinserhöhungen bewahrt hat, an das Gesetz über die Bauförderung, wodurch jährlich 20.000 neue Wohnungen entstehen werden, an das, was in so kurzer Zeit schon in der Jugendfürsorge geleistet wurde. In der nächsten Zeit kommt noch die Fürsorge für die Kurzarbeiter daran, die Befähigung der ärmsten Säuglinge in der Invalidenfürsorge, die Verbesserung des sogenannten Ueberalterengesetzes und anderes mehr. Es ist ein Bild reger Tätigkeit, welches uns das Ministerium für soziale Fürsorge bietet und die Arbeiter werden daraus lernen, daß die Beteiligung der deutschen Sozialdemokratie an der Regierung einen neuen Schritt in die staatliche Sozialpolitik führt hat.

Das Ende des Reichenberger „Vorwärts“ als offizielles kommunistisches Organ.

Der „Vorwärts“ stellt den Zusammenbruch der kommunistischen Politik fest und bricht alle Brücken zum Politbüro ab. — Das Politbüro läßt bereits in Auftrag den „Roten Vorwärts“ gegen den „Vorwärts“ erscheinen.

Die Leser des Reichenberger „Vorwärts“ dürften gestern beim Empfang ihres Blattes eine Sensation erlebt haben und zunächst kaum gewohnt haben, was denn eigentlich geschehen ist. Unter dem Kopfe des „Vorwärts“, dort wo sonst „Organ der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (Sektion der kommunistischen Internationale)“ stand, stand ein weißer Fleck und das heißt, der „Vorwärts“ hat als kommunistisches Parteiorgan zu existieren aufgehört. Und dann las man weiter, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen die Parteidruckerie von den ultralinken Bankrotteuren schenken müssen und im spaltenlangen Leitartikel selber (aus dem wir gestern schon zitiert haben), fand man die Einrichtung der gegenwärtigen kommunistischen Parteiführer Kähler, Schiff, Grünwald, Wenzel, Trötsch usw., mit einem Worte des Prager Politbüros vor den Augen der kommunistischen Arbeiter und der gesamten Öffentlichkeit.

Den Anlaß dieser wahrhaftigen Palastrevolution in der Reichenberger Karlsstraße bildete die Weigerung der Druckereileitung

„dem Kommando der gegenwärtigen Parteiführer“ zu entsprechen und die materiellen Mittel der Druckerei zum Zwecke ultralinken Abenteuer zu verschwendung.“

Dieser Anschlag auf die Druckerei hat der Geduld jener Reichenberger kommunistischen Vertrauensmänner, die das Parteieigentum nicht ein paar Abenteuerern preisgeben wollten, ein Ende gesetzt. In dem zitierten, von dem „Konfessionarium der Druckerei“ gezeichneten Artikel heißt es:

„Wir haben diese selbstmörderische Politik jahrelang in der Hoffnung ertragen, daß sie durch den elementaren Widerstand der revolutionären Massen oder durch das Eingreifen des C. K. S. endlich unmöglich gemacht werden wird. Das ist nicht der Fall gewesen. Das C. K. S. hat bisher nichts unternommen und viele tausende kommunistische Arbeiter haben sich aus der Partei entfernt.“

Es folgen dann in dem Artikel die bereits von uns gestern zitierten Stellen über den „ununterbrochenen Niedergang der kommunistischen Bewegung und den Zusammenbruch der roten Gewerkschaft“ und über die „völlige Isolierung der Partei von den Massen, vom Wachstum der Sozialdemokratie.“ Ueber

„die Vernichtung der Parteipresse“ heißt es, daß alle Aktionen zur Hebung der Parteipresse schiefgeschlagen sind, daß die Partei ihr theoretisches Organ, eine Reihe anderer Zeitschriften und nebst einigen Wochenblättern die Tagblätter der Slowakei einstellen mußte, daß das Brünner und Kladover Parteiorgan in Kopfbücher umgewandelt und die Gewerkschaftspresse vernichtet wurde.

Ein besonderer Abschnitt ist dem „parlamentarischen Aretinismus“ gewidmet, ein weiterer Abschnitt dem Versuch der kommunistischen Partei,

die Genossenschaft zu ruinieren, sie „zu einem Anhängel des Parteiapparates und seiner bürokratischen Bedürfnisse zu machen.“ Schließlich beschäftigt sich das Konfessionarium dann

besonders ausführlich mit den Versuchen der Parteileitung, auch die Reichenberger Druckerei zu Grunde zu richten. Hier heißt es an einer Stelle:

„Wir haben selbst den Fehler gemacht, die verbrecherische Politik und Taktik der jetzigen Parteiführung zu dulden. Da es nun offensichtlich ist, daß diese Führung nicht davor zurückschreckt, die Druckerei, sowie die Genossenschaft, wenn sie sie nicht in die Hände bekommt, rücksichtslos zu Grunde zu richten, sehen wir uns im Interesse der gesamten Arbeiterschaft zur Wehr, und zwar entschieden und mit ganzer Kraft.“

Dem Konfessionarium, an dessen Spitze Kunge, Arény, Lude und Neurath stehen, ist es also um die Erhaltung und den Schutz des aus der Kraft und dem Willen der organisierten Arbeiterschaft Nordböhmens geschaffenen Eigentums zu tun.

„Wir werden“, schreibt das Konfessionarium, „nicht zugeben, daß die letzten Positionen des nordböhmischen Proletariats den Basardeuren der Parteiführung ausgeliefert und dem Untergange preisgegeben werden. Wir werden von unserer Position keinen Augenblick zurücktreten, wir werden keinen Beschimpfungs- und Verleumdungsfeldzug scheuen.“

Der „Rote Vorwärts.“

Neben der an sich grotesken Erscheinung, daß, wie aus obigen Zitaten hervorgeht, der Reichenberger „Vorwärts“ aufgehört hat, als offizielles Kommunistenblatt zu existieren, brachte der gestrige Tag ein noch groteskeres Phänomen, nämlich die erste Nummer des „Roten Vorwärts“, der als kommunistisches Tagblatt für Nordböhmen in Auftrag erscheint. Der Retrolog, den sich das Politbüro dort am Grabe des „Vorwärts“ hält, beginnt in echt kommunistisch-vorwärtiger Art mit einem vierseitigen Aufsatz:

„Neurath, Lude & Comp. stehlen das Vorwärtsgebäude! Schützt das Parteieigentum vor den sozialfaschisten Dieben.“

Es würde uns zu weit führen und darf wohl auch keinen Anspruch auf besonderes Interesse erheben, was dieses komische Blättchen über den angeblichen „Raub“ und „Diebstahl“ zusammenschreibt, wie es die Männer, die im letzten Augenblick, fast schon zu spät, sich eines anderen befanden, beschimpft und verleumdet, aber im großen und ganzen sich vollständig ohnmächtig gegenüber der grundlegenden Wandlung zeigt, die in Reichenberg vor sich gegangen ist. Nur des dokumentarischen Wertes halber und im Hinblick darauf, daß es gut ist, wenn man auch einen Chaos gegenüber nicht den Sinn für Humor verliert, zitieren wir den Schluppsatz des Artikels des „Roten Vorwärts“:

„Die Partei steht fest. Wie alle früheren Angriffe, wird sie auch diesen zurückschlagen. Man kann ihr das Eigentum stehlen, sie aber dadurch weder aktionsunfähig machen, noch vernichten.“

Es ist wahrhaftig richtig: „man kann die kommunistische Partei nicht vernichten — denn sie ist tatsächlich schon vernichtet.“

Die Bauförderung im Parlamentsplenium.

Center System und Einfuhrscheine vorgelegt.

Prag, 2. April. Im Abgeordnetenhause, das heute nach einwöchiger Pause zur Beratung der neuen Bauförderungsvorlage zusammentrat, wurden heute zwei weitere Vorlagen aus dem sogenannten kleinen Arbeitsprogramm der Regierung, die Robelle zum Einfuhrscheine, im Druck verteilt. Auch ein Vertrag mit Polen über den Fischfang in den Grenzgewässern und ein Grenzvertrag mit Oesterreich wurden aufgelegt.

Ueber die Bauförderung referierte der Agrarier Dubický.

Er hob hervor, daß sich das neue Gesetz in den wichtigsten Punkten vorteilhaft von dem bisherigen unterscheidet und eine sichere Kalkulationsgrundlage für die nächsten drei Jahre bietet. Der Zweck des Gesetzes sei es, möglichst viele gesunde Wohnungen für Mittelschicht, aber nicht Villen für Einzelne zu erbauen. Der Referent hebt weiters die unerfreulichen Wohnverhältnisse der Land- und Forstarbeiter hervor und begrüßt es, daß die Vorlage auch in dieser Richtung Vorkehrungen treffe. Der zweite Referent Chalupa beschweigt nicht die Mängel der Vorlage, die in dem Charakter des Provisoriums liegen, und betont, daß nur ein langfristiges Gesetz eine gewisse Erleichterung in der Wohnungsfrage schaffen könne. Er begrüßt es, daß man endlich einmal von der Auffassung abgekommen sei, daß das Bauen ausschließlich eine Sache des Privatunternehmers sei, die den Staat und die Öffentlichkeit nichts angehe.

In der Debatte anerkannte Gorynka (D. Nat.), daß die Vorlage eine Bauförderung wenigstens einseitig und namentlich dem Mangel an kleinen Wohnungen abzuwehren trachte. Seine Partei werde für die Vorlage stimmen, verlange je-

doch die Eliminierung des Artikels über die Lohnschiedsgerichte, die sich angeblich nicht bewährt hätten.

Herrn Zajicek (D. Christlichsoz.) ist natürlich, seit er nicht mehr in der Koalition sitzt, überhaupt nichts mehr recht. Er „bedauert“, daß auf diesem Gebiet noch immer mit Provisorien gewirtschaftet werde, und verlangt in einem Anfall von Neugier, daß die Subventionierung durch den Staat nachträglich auch noch jenen Häusern zugutekommen solle, die seit dem Jahre 1928, also unter der Herrschaft des Bürgerbundes fertiggestellt wurden, der bekanntlich für detaillierte soziale Zwecke kein Geld hatte. Die 20 Millionen jährlich an Staatssubventionen sind ihm auf einmal viel zu gering; er hat anscheinend vergessen, daß der Bürgerbund seinerzeit jahrelang für die direkte Subventionierung von Kleinwohnungen überhaupt nichts hergegeben hat.

Herr Stern reitet wieder ausschließlich auf der Prager Bankensuktion herum und läßt seine Ausführungen an passenden Stellen durch Entwürstungen seitens seiner Klubkollegen unterstützen. Anscheinend glaubt er, allein durch die schrankenlose agitatorische Ausschrotung dieser Sache die verfrachtete RBC. wieder auf die Beine bringen und die Sozialfaschisten — diesmal rettungslos — vernichten zu können.

Der letzte Redner des Tages ist der Nationaldemokrat Petrovich. Dann wird die Debatte abgebrochen und nach Übernahme der zweiten Lesung der Flugzeugnovelle und der Erledigung zweier Immunitäten um 7 Uhr abends die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung morgen Donnerstag 3 Uhr nachmittags.

Einfuhrscheine.

Die Regierungsvorlage eingebracht.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde auch ein Gesetzentwurf betreffend die Einfuhrscheine eingebracht, der einen Teil des kleinen Wirtschaftsprogramms der Regierung bildet.

Das System der Einfuhrscheine gelangte vor etwa einem halben Jahrhundert zum erstenmal in Deutschland in Anwendung. Das Wesen der Einfuhrscheine besteht darin, daß der Exporteur einer Ware ins Ausland einen Einfuhrschein auf einen bestimmten Wert lautend erhält, mit welchem er den Zoll für die Einfuhr einer Ware begleichen kann. Diese Einfuhrscheine haben also einen Handelswert und werden auch wie ein Wertpapier gehandelt. Sie sind eine Art Ausfuhrprämie, denn den Zoll bei der Einfuhr der Einfuhrscheine bezahlten Einfuhrer bekommt nicht der Staat, sondern derjenige, der den Einfuhrschein bei der Ausfuhr erhalten hat.

In der Tschechoslowakei wurden die Einfuhrscheine zum erstenmal mit dem Zollgesetz von 1926 eingeführt. Der Artikel VI dieses Gesetzes bestimmt, daß derjenige, der wenigstens 50 q Getreide ausführt, einen Ausfuhrschein erhält, der den Eigentümer berechtigt, zollfrei dieselbe Menge Getreide wieder einzuführen. Damit waren die Agrarier aber nicht zufrieden und sie haben im Juni des vorigen Jahres eine neue Vorlage eingebracht, in der das System der Einfuhrscheine auf die ersten 14 Warenklassen des Zolltarifes, also auf eine außerordentlich große Menge von Waren, ausgedehnt werden sollte. Die Wirkung wäre beispielsweise gewesen, daß bei der Einfuhr etwa von politischen Schwelmen den Zoll nicht der Staat, sondern der Getreideexporteur bekommen hätte.

Eine wesentliche Beschränkung erfahren nun die in der Vorlage des Vorjahres zum Ausdruck gekommenen Wünsche der Agrarier durch die gestern eingebrachte Regierungsvorlage. Danach wird bei der Ausfuhr von Korn, Gerste, Hafer, frischen Gurken, Samen von rotem und weißem Alee, Naturbutter und Käse, falls die Ausfuhrmenge wenigstens 50 q beträgt (bei Samen von rotem und weißem Alee, Butter und Käse wenigstens 5 q) dem Exporteur ein Einfuhrschein im Zollwerte der bestimmten Menge der ausgeführten Ware ausgestellt, allerdings ohne den Reservezollzuschlag. Ebenso wird den Mühlen bei der Ausfuhr von Mehl und Mahlprodukten aus Weizen, Korn, Gerste und Hafer bei wenigstens 50 q ebenfalls ein Einfuhrschein im Zollwerte ausgestellt (ebenfalls ohne die Reservezollzuschläge). Schließlich wird den Mälzereien bei der Ausfuhr von Malz unter denselben Bedingungen gleichfalls ein Einfuhrschein ausgestellt. Diese Ausfuhrscheine berechtigen ihre Besitzer zur Einfuhr jener Menge von Weizen, Korn, Gerste, Hafer, Hirse, Aukurus, Bohnen, Erbsen, Linsen, Wicke, Mehl und Mahlprodukten, Reis, frischen Gurken, Getreidesamen, Naturbutter, Schweinefleisch, Schweißspeck, Säuseifen und Käse, welche dem Zollwerte des Einfuhrscheines entspricht, ohne daß er den Zoll entrichten muß, und zwar binnen einer Frist von neun Monaten beginnend mit dem Tage der Ausfertigung des Ausfuhrscheines.

Der Zweck dieser Einfuhrscheine ist also die Ausfuhr gewisser landwirtschaftlicher Artikel zu steigern.

Was die Wirkung der Einfuhrscheine betrifft, wird natürlich keine einzige Ware dadurch verteuert, denn die Zollsätze bei der Einfuhr der landwirtschaftlichen Artikel bleiben die gleichen, nur daß den Zoll nicht der Staat, sondern der Exporteur landwirtschaftlicher Artikel bleiben die gleichen, nur daß den Zoll nicht der Staat, sondern der Exporteur landwirtschaftlicher Artikel erhält, so daß also die Einfuhrscheine eine Ausfuhrprämie darstellen. Der Konsument wird durch die Einfuhrscheine nicht im mindesten belastet, es werden nur die Zolleinnahmen des Staates verringert. Dem sozialistischen Einfluss ist es gelungen, den Wert der Einfuhrscheine auf der Höhe der bisherigen Zollsätze festzuhalten und die außerordentlich große Ausdehnung der Einfuhrscheine auf eine Unmasse von Warengruppen, wie es die Agrarier im Sommer des vorigen Jahres verlangt haben, zu verhindern. Im übrigen bildet die Vorlage über die Einfuhrscheine einen Teil des von der Regierungsparteien im Kompromißwege erarbeiteten sogenannten kleinen Wirtschaftsprogramms der Regierung, das auf der einen Seite die landwirtschaftlichen Vorlagen, auf der anderen die sozialpolitischen Vorlagen umfaßt, von welsch letzteren, wie wir an anderer Stelle melden, gestern das Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung eingebracht wurde.

Die Falschierung der Wissenschaft.

Mailand, 2. April. (Eig. Draht.) Der falsche Grobstat hat beschlossen, daß in Zukunft alle Rektoren der Universitäten, die Dekane der Fakultäten und die Leiter der medizinischen Kliniken nur aus Persönlichkeiten gewählt werden dürfen, die seit mindestens fünf Jahren der falschistischen Partei angehören. Außerdem sollen sämtliche Studenten in Zukunft eine nichtärztliche Vorbereitung erhalten. U. a. ist ferner geplant, 3000 Schwarzhenden schon demnächst mit Gewehren auszurüsten.

Betrug im Elefantenfall.

Von Erna Büsing.

Wally ist ein schneeweißer, deutscher Zwergseidenpflanz. Munter, temperamentvoll und stets sauber. Mag der Zirkus im Sommer über regenaufliegendem Boden seine Zelte aufspannen, Wally findet Sägepläne, durch die er trippeln kann oder er entdeckt ein Stück für Menschenfüße bestimmten Teppich oder einen Bohlenweg für Elefanten, über die er trocken bleibenden Fußes eilt. Wally ist offen für Farbeffekte eingestellt und sich daher aufs deutlichste bewußt, daß Weiß sich herrlich macht, im Gegensatz zum düstern Grau der Elefanten. Wally lebt nämlich immer mit und unter diesen Tierkolossen; denn Wally gehört einem Elefantendompsteur. Man kennt Wally in Sao Paulo und in Stockholm, in Berlin und in Kösschenbroda, als die blendend weiße Rippfigur.

Den ganzen Tag über ist Wally im Elefantentall. Immer schnüffelt er das schwere Holzpodium entlang, das von den leitenklirrenden, trampelnden Elefantentritten bebzt. Wally braucht nur einmal angestoßen zu werden und sein Lebenslicht wäre ausgelöscht, aber der kleine Hund marschiert unbeirrt durch die bewegten Säulenreihen.

Wally ist in kein Haus und in keine Stadt gesperrt, Wally hat kein festes Heim, aber nasenfüßler findet er den Weg nach seinem Wohnort; denn wo Elefantentiere sind, da ist seine Heimat. Probt sein Herr des Morgens mit seinen Pflichten in der Manege, ist auch Wally zugegen. Sein Herr ist von unerhörterlicher Ruhe, weil Elefanten keine aufgeregten Menschen vertragen. Elefanten sind zeitlos, Elefanten kommen aus der Undurchdringlichkeit des Urwalds, Elefanten haben eine Lebensspanne von hundert Jahren vor sich, Elefanten retteten sich von der Urweltzeit in unsere erbärmliche Gegenwart, darum sind Elefanten viel zu weise, um das Tempo des heutigen Tages als etwas Imponierendes zu empfinden. Sie haben ihre eigenen Gesetze und der Mensch muß sie kennen, der mit Elefanten arbeiten will. Immer muß man gerecht sein, nie darf man zur Unzeit heftig werden, denn der Elefant ist nachtragend und rächt sich gewiß. Hat man ihm Unrecht getan, holt er sich eines Tages so wie von ungefähr, mit dem Rüssel den lächerlich kleinen Menschen, wirft ihn sich unter die Füße und zertrampelt ihn zu blutigem Brei. Das macht dem Elefanten keinerlei Mühe und regt ihn auch nicht sonderlich auf.

Darum steht, über kleinliche menschliche Ungeduld erhaben, der Dompsteur in der Manege und probt. Weiß der Elefant erst, um was es sich handelt, arbeitet er schnell und sicher, zumal er ein ehrgeiziges Tier ist. Doch ist die Verständigung zwischen Mensch und Elefant, selbst wenn der gute Wille, dieser alle Wege bereiter vorhanden ist, nicht immer leicht. Und falls der Dompsteur womöglich eine halbe Stunde auf den Elefanten bittend eingerebet hat: „Ich will doch das andere Bein haben, das andere Bein“ und im Stalleingang schon Pferde scharren, weil die Manege anderweitig gebraucht werden soll, dann sagt er schließlich: „Wally komm her, schilt du den dummen Kerl mal aus.“ Höchst wichtig-tuerisch erscheint dann Wally, guckt hoch — in derselben Manier, als wenn ein Mensch in den blauen Himmel sieht — und lästet. Nachdem Wally den Elefanten angeschaut hat, soll es meistens klappen. Nun, Zirkusleute sind ein biß-

gen eigenartig und kennen viele Wenn und Aber. Mag man zum Beispiel noch so tierlieb sein, darf man sich doch nur um seine Tiere kümmern. Ein Rumschmeißen mit andern Tieren ist nach ungeschriebenen Gesetzen nicht erlaubt. Das gilt nicht bloß für Menschen, das gilt ebenso für Tiere. Doch einmal brach Wally die sonst so peinlich beachtete Regel und ging vor dem Eisbärenwagen spazieren. Sofort war ein träger Eisbär hoch, um nach Wally mit der Pranke zu schlagen. Jedoch einen Zwergseidenpflanz kann keine Pranke vom Käfig aus erreichen, nur Sägepläne und ein abgenagter Knochen sprangen heraus. Sogleich hatte, nach echter Hundemaneier, Wally den Knochen gepackt und trug ihn fort. Gibt es doch für einen Hund keinen herrlicheren Genuß, als Unrat oder irgendwie Verbotenes zu verschleppen. Und der Mensch denkt immer, wenn es unangebracht ist, menschlich, nie läßt er

dem Hund das ihm bestimmlische, unschuldige Vergütigen. So rief auch der Dompsteur: „Wally, gib her.“ Der Hund rannte in den Elefantentall und legte dort den Knochen gehorsam hin, doch im gleichen Augenblick war ein regelrechter Betrug im Schwung und wie Schulbuben Vogelzettel weitergeben, damit der Lehrer sie nicht entdeckt, wanderte der Knochen von Rüssel zu Rüssel. Er wurde nicht tastend und prüfend bis zur Maulhöhe gehoben, nein, er wurde einfach weitergegeben, bis er verschwunden war.

Dann hob der größte Elefant ein Bein, benutzte seinen Rüssel als Saubauger und fuhr mit ihm unter der Fußsohle hin und her. Und die neunmal listigen Elefantenaugen, sie guckten den Herrn gemacht unschuldig an, als ob sie beabsichtigt lügen wollten: „Ich habe für Wally nichts versteckt, ich habe keinen Knochen verschoben, mich judts bloß unterm Fuß.“

Der Regenwurm mit der Maske.

Ein Kriminalfilm.

Ich sah im Zuschauerraum und zückte den Bleistift. Die bleiernde Schwere der letzten Maskenbälle lagerte noch in meinen Knochen. „Regenwurm! Alois Regenwurm!“ Der sachlichen Stimme des Richters folgte ein düsteres Schweigen — und dann wurde er hereingeführt. Links und rechts ein Kriminalbeamter mit zugeknöpften „Ächtern“ um das Handgelenk des Angeklagten.

Er soll gestohlen haben. Sehr oft fogar. Dann wurde er immer wieder eingesperrt. Er stahl wieder — weil ihn hungerte und weil er die Gewohnheit hatte, alle Tage essen zu müssen. Im Grunde genommen ist er ein ganz armer Teufel. Sein Vater war ein Käufer, der schon seinen Lohn verlor, ehe er ihn hatte. Die Mutter soll nach der Geburt des ersten Kindes ins Wasser gesprungen und unbekanntem Aufenthaltsort sein. Hunger — Kälte — Prügel. Mit zehn Jahren soll er schon aus dem Keller des Hausherrn stromumwidelte Weinschalen durch die Latten gezogen und einem Dorfparier eine gerupfte Gans mit der Angel vom Fensterbrett weggeholt haben. Er wurde eingesperrt, weil er stahl. Er stahl, weil er eingesperrt wurde und keine Arbeit bekam.

Zuletzt hing er sich eine Maske vors Gesicht und schlich, das Messer in den gekrahlten Fingern, durch die Nacht. Ein entsetzlicher Schrei. Blut spritzte. Die Tat war geschehen!

Als er verhaftet wurde, gestand er reumütig, daß er versuchte, ihm zuerst mit Gummihandschuhen den Hals umzudrehen. Das war ihm jedoch nicht möglich, denn er zappelte immer noch mit den Beinen und schlug um sich. Um ihm unnötige Qual zu ersparen, konnte er schließlich nicht anders. Als Mensch mit Gefühl nahm er das Messer, setzte es an und zog es mit einem Ruck durch die Gurgel. Gefesselt habe er ihn nicht, aber es war bestimmt ein ganz alter Godel, der ohnehin hätte bald sterben müssen, wenn ihm nicht der Hühnerstall in den Weg gelaufen wäre.

„Sie heißen also Alois Regenwurm?“
„A“ wie Richard — „E“ wie Emil...“ begann der Richter mit erster Stimme, während der Gerichtsdienner eine mächtige Papierrolle abspulte und die Vorstrafen per Laufband über den Tisch gehen ließ. Endloser Zahlenzang: 3 Wochen Gefängnis, 6 Monate Gefängnis, 8 Monate, 2 Wochen, 3 Tage, Polizeiaufsicht, 1 Jahr 3 Monate... (Dann schlief ich ein!)

Der Richter stand auf, um das Urteil zu verkünden. Tränen standen ihm in den Augen, die Mundwinkel zuckten und schluchzend drückte er dem Angeklagten die Hand: „Im Namen des Volkes — der Staat ist schuldig — Alois Regenwurm durch Nichtzuweisung einer Arbeit zum Hunger und — Diebstahl getrieben zu haben. Der Staat wird unter Tragung aller Kosten — verurteilt, Alois Regenwurm ein menschenwürdiges Dasein — und die Möglichkeit zu geben, als ehrlicher Mensch zu leben. Es ist dafür zu sorgen, daß Alois Regenwurm, durch Erlernung eines Berufes, für den er geeignet erscheint — bei ausreichender Unterkunft — und Verpflegung —“

Tosender Beifall im Zuschauerraum belohnte den wackeren Richter. „Dös is a Wohl!“ schrie fortwährend eine Arbeiterfrau. „Dös is a Wohl!“ — „Jawull, so gehärtet stich!“ Erwerblosse, Kriminalstudien, Handwerker, alles tobte: „Bravooooo! — Dös laß i mir gefallen — Respekt muß ma hon'n! — So is richtig!“ heulten die Zuschauer. „Bravooooo!“ „Doch die Gerechtigkeit!“ Der an der Tür postierte Gendarmierwachmeister warf jauchzend seine Mütze in die Luft und schlug dem Gerichtsdienner vor Freude die Revolvertasche ums Maul, daß es nur so schepperte. Auch der Staatsanwalt sprang strahlend von seinem Podium. Mit lebenswürdigen Lächeln schob er dem Angeklagten einen Zwanzigmarschein in die Westentasche: „Eine Kleinigkeit für die nächsten Tage, mein lieber Regenwurm — hab leider kein größeres Kleingeld einstecken, sonst hätt ich Ihnen — na Kopf hoch mein Junge — und seien Sie mir nicht böse, wenn ich sie früher so verhaftet habe und kein gutes Haar an Ihnen ließ — verzeihen Sie vielmals — aber Sie verstehen — bei meiner bisherigen Unkenntnis der wahren Ursachen — und der verfluchten Gesellschaftsordnung —“

Mein Herz jubelte. Es jubelte so laut, daß es schmerzte — und ich darüber aufwachte.

Ich hörte gerade noch, wie der Richter den Alois Regenwurm als unterbesserlichen Gewohnheitsdieb wegen schweren Einbruchs zu weiteren 2 Jahren, 1 Monat, 3 Wochen Zuchthaus und sofortigen Strafantritt verurteilte.

Ein schöner Traum — man glaubt es kaum!
Karl Stoye, Nürnberg.

Kleine Chronik.

Kriminal-Anekdoten.

Schnelle Justiz.

„Entschuldigen Sie, Herr Rechtsanwalt, ich habe gestern gemeldet, daß mir meine Uhr gestohlen worden ist, sie hat sich aber wieder gefunden.“
„Sie kommen schon zu spät, lieber Mann. Der Dieb sitzt schon.“

Der niederträchtige Angeklagte.

Der Erste Staatsanwalt L... in A... schrebt im „Archiv für Kriminalogie“ bei der Schilderung eines Schwurgerichtsprozesses gegen einen Raubschwindler:

„Da, vor Beginn des Plädoyers, beginnt der Verbrecher, man möchte sagen den letzten Akt seiner Hinterlist; er starb plötzlich an einem Schlaganfall ohne Reue und ohne Eingeständnis, noch mit den letzten Wügen über sein Tun und seine Person auf den Lippen.“

Das Museum.

Einer der berühmtesten Einbrecher von Budapest war Emmerich Gombos. Er arbeitete mit den raffiniertesten und modernsten Mitteln, und wenn irgendwo ein Geheimtisch auf geschickteste Weise geöffnet worden war, wußte man: das ist Gombos gewesen! Einmal hatte man ihn schon erwischt, aber er war wieder entkommen. Nun wurde er von neuem bei einem Einbruch überfaßt. Dabei fiel der Polizei auch seine Handtasche mit den modernsten Einbrecherwerkzeugen in die Hand. „Da werden wir viel daraus lernen können!“ sagte der Kriminalinspektor zu ihm. „Das kommt in unser Kriminalmuseum, Gombos. Da können Sie stolz darauf sein!“ Nach einigen Wochen war Gombos wieder entwischt. Eines Morgens kamen drei Meldungen an den Kriminalinspektor: „Gombos ist heute nacht entkommen!“ Die zweite: „An der Kreditbank ist ein Einbruch verübt worden, so raffiniert, daß man Gombos als Täter vermuten könnte, wenn er nicht im Gefängnis säße.“ Und die dritte: „Im Kriminalmuseum ist eingebrochen worden!“ Als man dort näher Ansehen hielt, fand man einen Zettel, auf dem stand: „Ich habe meine Werkzeuge wiedergeholt und noch ein paar mitgenommen, die besser sind als die meinen. Auch hab ich in einer Stunde viel lernen können. Auch Sie können stolz sein, Herr Inspektor. Ihr Kriminalmuseum ist hervorragend eingerichtet. Gombos.“

Geniale Lösung.

In einem süddeutschen Hoftheater wurden einem jungen Schauspielers 50 Mark gestohlen. Nachdem er im Instanzwege in Erfahrung gebracht hatte, an wen er sich zu wenden habe, kam er endlich zum Verwaltungsdirektor, Rechnungsrat Z.

„Wie heißt Sie!? Zoo, Sie sind bei uns angestellt!? Ihre Icht! Geld gestohlen wurde! Jaaa — I kann alles machen! I brauch bloß aantuse, gleich kommt sie, die Polizei! I brauche bloß den Hörer abzunehmen, gleich ist sie da, die Kriminal! Sie müße mit bloß saagt — wer's gestohlen hat!“

Im „Kommentar zum Strafrecht“ des Oberlandesgerichtsrates Schwarz befindet sich auf Seite 44 der Ausgabe von 1927 unter der Überschrift „Arbeitszwang bei Festungshaft“ folgender Passus: „Bandschleicher und Dieben können auch bei Haft zu ihren Tätigkeiten entsprechenden Außen- und Innenarbeiten angehalten werden.“

Nachtigallenmuff.

Eine Mascagni-Epikope von Oswald Felmer.

Es dürfte der deutschen Leserschaft nur wenig bekannt sein, daß es eine Oper Mascagnis gibt, deren Textbuch Gabriele d'Annunzio zum Autor hat. Es ist die lyrische Tragödie „Parisina“, ein Werk, das in Italien und in Amerika gespielt wurde, uns aber fremd geblieben ist.

Als Mascagnis Verleger Sonzogno dem Komponisten die „Parisina“ zur Vertonung anbot — es war im Sommer 1912 — wollte Gabriele d'Annunzio nicht in Italien, ja, er hatte sogar die Drohung ausgesprochen, nie mehr italienischen Boden zu betreten und fortan nur in französischer Sprache zu dichten. Der mondäne Poet, dessen luxuriöses Leben bereits enorme Summen verschlungen hatte, war damals bekanntlich in große finanzielle Schwierigkeiten geraten, und da seine Gläubiger nicht länger warten wollten, wurde seine schöne Villa in Sestignano samt der ganzen kostbaren Einrichtung gepfändet. Auf diesen Affront hin wandte d'Annunzio seinem Vaterlande den Rücken und ließ sich vorerst in Paris nieder, wo er im Hotel Jena Abteilungsquartier nahm und eine Zeit lang für amerikanische Blätter Artikel schrieb, die ihm mit dem fürstlichen Honorar von fünf Franc per Wort bezahlt wurden. Später mietete er eine Villa an der Meeresküste, in Arcachon, und führte hier mit seinen berühmten Windspielen ein zurückgezogenes, der Arbeit und dem Sport gewidmetes Leben. Nach Paris aber fuhr er fast jede Woche für ein oder zwei Tage.

Mascagni, dem die „Parisina“ außerordentlich anlag, machte sich, nachdem eine Verständigungskonferenz zwischen ihm und d'Annunzio vorangegangen war, mit großer Begeisterung an die Arbeit. Sein künstlerisches Feingefühl sagte ihm aber schon bald, daß ein fortwährender Kontakt mit dem Textdichter diesmal unerlässlich wäre, um so mehr, als d'Annunzio nicht die geringste Aenderung seiner Verse gestatten wollte. Er fuhr also nochmals nach Frankreich und ließ sich für längere Zeit in Bellevue bei Paris nieder, wo er des öfteren den Besuch d'Annunzios empfing und ihm Einblick in das Fortschreiten der Partitur gewährte.

Im Verlauf des Komponierens ergab sich nun für Mascagni die Notwendigkeit, so wie es der Text d'Annunzios vorschrieb, den Gesang einer Nachtigall wiederzugeben. Mascagni, der die Ausdrucksfähigkeit selber ist, mußte sich bei diesem Punkt seines Werkes geistern, daß er nicht imstande sein würde, etwas derartiges niederzuschreiben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er — nun, weil er noch niemals in seinem Leben eine Nachtigall hatte singen hören. Wohl wußte er, daß es schon vor ihm Komponisten gegeben habe, in deren Werken Nachtigallengesang vorkommt; was ihm jedoch keine Ruhe gab, das war die Ungewißheit, ob denn dieses überlieferte Schlaggen auch die richtige Wiedergabe des Nachtigallensiedes sei. In seiner Bedrängnis ging er also zu d'Annunzio, hoffend, daß vielleicht dieser imstande sein würde, ihm die authentische Nachtigallenmelodie vorzuspielen. Aber leider — auch der Dichter konnte Mascagnis Wunsch nicht erfüllen.

„Ja, wieso denn?“ fragte ihn Pietro erstaunt. „Du hast doch das Schluchzen der Nachtigall mit so herrlichen Worten in deiner Tragödie beschrieben; wie kommt es also, daß du es jetzt nicht wiedergeben kannst?“

„Beschrieben habe ich's wohl, aber wiedergeben kann ich es nicht,“ entgegnete Gabriele mit Bedauern.

Was also tun? Nach Versailles gehen und dort eine Nachtigall belauschen? Es wäre vergebliche Mühe gewesen, denn man befand sich im Spätherbst. Mascagni spekulierte und spekulierte und versiel schließlich auf den Gedanken, einen Vogelschreimitator ausfindig zu machen, einen von jenen, wie sie in Varietés auftreten. Der Teufel aber muß seine Hand im Spiel gehabt haben, denn so viel sich Mascagni auch bemühte, einen Nachtigallenmenschen vermochte er nirgends aufzutreiben.

Diesmal war es d'Annunzio, der ihm zu Hilfe kam.

„Ich hab' es schon,“ sagte er hocherfreut, „du sollst nicht länger im unklaren bleiben, eine Nachtigall singt. Es gibt ein Buch — sein Titel ist mir zwar entfallen, ich weiß aber bestimmt, daß es dieses Buch gibt, — und dort ist der Gesang der Nachtigall haargenau festgelegt. Ich werde es dir bringen.“

Er begann in allen möglichen Buchhandlungen und Antiquariaten herumzusüßeln, und es gelang ihm schließlich, das gewünschte Werk zu finden. Es hatte einen gewissen Professor Hofmann zum Autor und interpretierte den Gesang verschiedener Vögel, darunter auch selbstredend jener der Nachtigall, — aber des Komponisten Antlitz ging vor Enttäuschung in die Länge, als er einen Blick hineinwarf — es interpretierte ihn so, wie er von verschiedenen Tondichtern im Verlaufe der Zeit dargestellt wurde. Also wieder nichts.

Ganz verzweifelt schrieb Mascagni an seinen Verleger, ob nicht vielleicht er in der Lage wäre, ihm aus der Zwischmühle herauszuhelfen.

Sonzogno ließ sich das nicht zweimal sagen. Hatte er seinerzeit einen Mascagni entdeckt, würde er auch, das wäre nicht schlecht, eine Nachtigall finden. Muß es denn eine lebende sein? dachte er sich; Hauptsache ist ja, daß sie singt. Eines schönen Tages empfing Mascagni eine Sendung aus Mailand, und als er das Paket öffnete, fand er darin einen herrlichen Käfig mit einer angestopften, mechanisch singenden Nachtigall.

Mascagni war von der Aufmerksamkeit Sonzognos sehr freudig überrascht, wollte aber dem Sang der angestopften Philomela nicht recht trauen. Um die Sache auf die Probe zu stellen, lud er zu sich einige Menschen, von denen er annahm, daß sie den Gesang der Nachtigall kennen, also Jäger, Naturfreunde usw. und bat sie, ihm zu sagen, ob die mechanische Nachtigall richtig singe. Was war das Resultat? Die einen gerieten in helles Entzücken und bezauberten jeden Ton als richtig, die anderen aber schüttelten ihr weißes Haupt und sagten, das sei alles möglich, der Gesang einer Nachtigall aber keineswegs. Tableau.

Zur Einsicht gelangt, daß dieses Problem vor dem Frühjahr in befriedigender Weise nicht zu lösen sei, beauftragte der Meister seine Sekretärin, und seine gutmütige, gelegentlichen Spässen nicht abholde Frohnatur bekam wieder Oberwasser. Taugte der angestopfte Vogel schon zu gar nichts, so war er immerhin gut, um d'Annunzio einen Poffen zu spielen.

Als nun der Dichter an einem verregneten Abend zu Mascagni auf Besuch kam, sagte ihm Pietro ganz ernst:

„Lieber Gabriele, du hast mich ja betrogen. Du hast mir gesagt, daß die Nachtigallen in der kalten Jahreszeit nicht singen; mir aber ist es gelungen, eine zu finden, die es dennoch tut.“
„Ausgeschlossen“, verwahrte sich der Dichter. „... sie sind ja im Winter gar nicht da.“

„Bitte, du sollst sie gleich hören.“
Mascagni wußte seine Tochter ins finstere Nebenzimmer mit dem Auftrag, die mechanische Nachtigall anzuziehen.

Als der Vogel zu singen begann, geriet d'Annunzio förmlich in Ekstase.

„Herrlich! Wunderbar!“ rief er in seiner Begeisterung. „Wer ist das, der so prächtig pfeift?“
„Die Nachtigall, wer denn sonst! Wüßt du sie nicht?“

Und er führte d'Annunzio ins dunkle Zimmer, wo der singende Vogel war.

d'Annunzio starrte das kleine Federvieh mit seinen furchtsichtigen Augen an und war sprachlos. Wörtlich aber drang an sein Ohr das leise Rascheln des Mechanismus...

„Aber das ist ja ein künstlicher Vogel!“ rief er, wie aus allen Sinnen gefallen.

Und was geschah? Als er nun wußte, daß es keine lebende Nachtigall sei, widerrief er seine ursprüngliche Begeisterung und behauptete Stein und Bein, daß die lebenden Nachtigallen ganz anders singen...

Mascagni aber, der sich über den Vereinsfall seines Freundes schier krank gelacht hatte, komponierte schließlich selber ein Nachtigallenschlagen. Als er diese Arie d'Annunzio vorspielte, war der Dichter noch mehr entzückt als seinerzeit beim Singen der angestopften Nachtigall, und er sagte, nach einer langen Pause ergreifenden Schweigens:

„Wahrlich, wahrlich, sollte das nicht das richtige Nachtigallenschlagen sein, ich meine jenes, das du im Frühjahr hören wirst, dann hast du alles Recht, den Leuten zu erwidern: ‚Bon jetzt an werden die Nachtigallen so singen, wie ich es komponiert habe!‘“

Als aber der Frühling über's Land kam und die Nachtigallen ihren wehmütigen Sang ertönen ließen, da ging Mascagni nicht nach Versailles, ihrem Schluchzen zu lauschen. Er hatte Angst, sie könnten seine Komposition überlegen...

An alle Mitglieder der Partei, Gewerkschafts-, Jugend- und Kulturorganisationen in Prag!

Der von Jahr zu Jahr steigende Besuch der Stadt Prag durch in und ausländische Arbeiterorganisationen macht die Ausbildung einer größeren Zahl von Führern dringend notwendig. Die Ortsgruppe Prag der Roten Freunde ist außerstande den Ansprüchen allein gerecht zu werden. Darum ergeht an alle, die sich als Führer zur Verfügung stellen wollen, die Einladung zum Besuche der

Führerschule,

die an vier Abenden (immer Mittwoch) im bekannten Lokale am Hagenplatz stattfinden wird. Den Kurs leitet Genosse Dr. Armin Klein, der erste Abend findet bereits am Mittwoch, den 3. d. M., um halb 8 Uhr statt. Nach Abschluß der Kurse finden zwei Probeführungen statt. Zu zahlreicher Teilnahme laden daher nochmals ein

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Wir leben auf einer Eierchale.

Schon früh hat man in Gruben, Brunnen usw. beobachtet, daß bei zunehmender Tiefe auch die Temperatur wächst. Es gibt eine Tiefe, in der die Temperaturschwankungen, die auf der Erdoberfläche durch Witterungseinflüsse eintreten, nicht mehr spürbar sind. In den Kellern des Pariser Observatoriums hat 1783 der berühmte Physiker Laplace ein solches Thermometer, das die „konstante Temperatur“ von elf dreiviertel Grad zeigt, in einer Tiefe von 28 Metern eingebaut.

Je tiefer man nun steigt, desto höher werden die Temperaturen, wobei sie in der gleichen Tiefe immer die gleiche Anzahl von Graden haben. Der Wert schwankt je nach Art des Gesteins; aber man kann durchschnittlich sagen, daß bei je 33 Metern tieferem Eindringen in die Erde die Temperatur um einen Grad steigt, bei hundert Metern also um rund drei Grad.

In Gruben oder Brunnen ist die Messung der Temperaturen an sich nicht schwierig; man steigt hinunter und liest unten das Thermometer ab. Aber in vielen Fällen ist das nicht möglich.

Dafür haben nun 1929 zwei Geologen, Friedel und Waikowitsch, ein Instrument erfunden, das in das betreffende Loch hinabgelassen wird und an der Stelle, an der gemessen werden soll, Quecksilbertropfen abgibt, mit deren Hilfe man an der Erdoberfläche, wenn das Thermometer wieder zurückgegangen ist, die unten angezeigten Temperaturen noch ablesen kann.

Wenn die Temperatur bei 100 Metern um drei Grad steigt, so steigt sie bei hundert Kilometern um 3000 Grad. Bei dieser Hitze sind sämtliche Körper in gasförmigen Zustand. Es ist also als sicher anzunehmen, daß die feste Rinde, die die Erde bedeckt, nicht mehr als 100 Kilometer dick ist. Das ist im Verhältnis zum Durchmesser der Erde die Dicke einer Eierchale. Und auf dieser Eierchale leben wir Menschen.

Die verlorenen Handschrift. Der argentinische Unterrichtsminister Dr. de la Campa sollte auf einer öffentlichen Feier in der Provinz Santa Fe die Festrede halten. Wer nicht kam, war der argentinische Unterrichtsminister. Als Entschuldigung führte er an, daß es ihm zu sehr gereignet habe, um die Autofahrt nach Santa Fe zu wagen. Es steht jedoch fest, daß ihm vor Abreise seines ersten Entschlusses aus seinem Auto das Handgepäck gestohlen wurde, bei dem sich auch das Manuskript seiner Rede befand. So geht es, wenn man seine Rede nicht im Kopf, sondern im Handgepäck mit sich führt.

Den Prager Telefonnehmern, die an einer der automatischen Telefonzentralen in Groß-Prag angeschlossen sind und eine Privattelefonanlage besitzen, wird amtlich mitgeteilt, daß sie im Sinne der Nr. 6 der „Bewilligungen“ des Ministeriums Nr. 4419/XII-23 dafür Sorge zu tragen, daß die alten Ziffernscheiben gegen Telephondrehscheiben mit den Buchstaben A, B, C, D, E, F, G, H, I, J, K, L, M, N eingetauscht werden. Dies muß bei allen automatischen Apparaten geschehen, die einen Anschluß an das staatliche Telephonnetz besitzen. Der Austausch erfolgt auf Kosten des Besitzers der Privattelefonanlage und wird von den Firmen, welche den Apparat in Stand halten, umgetauscht werden. Der Austausch muß spätestens binnen acht Wochen erfolgen. Insofern es sich um staatliche Telefone handelt, erfolgt der Austausch durch die staatliche Telephonverwaltung auf Kosten der letztgenannten.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Centralbank der deutschen Sparfassen in der Tschechoslowakischen Republik. Am 27. März d. J. hat die Bilanzierung der Centralbank der deutschen Sparfassen in der Tschechoslowakischen Republik in Prag stattgefunden. Es wurde der Beschluß gefaßt, der für den 13. April 1930, um 10 1/2 Uhr vormittags in das eigene Bankgebäude in Prag einzuuberufenden Generalversammlung die Verteilung des Reingewinns von Ks 2.593.367,33, zuzüglich des Gewinnvortrages aus dem Jahre 1928 von Ks 74.293,10, demnach von Ks 2.667.660,43 in folgender Weise vorzuschlagen: Gemäß § 71 der Statuten je 5% des erzielten Reingewinns von Ks 2.593.367,33, demnach Ks 129.668,35 dem allgemeinen Reservefonds, Ks 129.668,35 dem Sicherstellungsfonds für Pfandbriefe, Ks 129.668,35 dem Sicherstellungsfonds für Kommunalobligationsverbriefungen zuzuwenden, weiters dem Spezialreservefonds für Verluste bei Forderungen in laufender Rechnung mit Ks 800.000.— zu dotieren, von dem sodann erübrigenden Restbetrage an die Aktionäre eine Dividende von 4% des Aktienkapitals (wie im Vorjahre), d. i. Ks 18.— für eine Aktie, demnach Ks 1.350.000.— zu verteilen, dem Verwaltungsrate seinen statutenmäßigen Gewinnanteil von Ks 51.867,35 zur Verfügung zu stellen und den Restbetrag von Ks 76.788,08 auf neue Rechnung vorzutragen. Die Reserven erreichen mit den vorgeschlagenen Zuwendungen den Betrag von Ks 11.968.815,57 oder rund Ks 12.000.000.—, d. i. 40% des Aktienkapitals.“ 612

Kunst und Wissen.

Karl Kraus las in seiner vierten Prager Vorlesung ältere und neue Stoffen und Couplets, die Voltaire vom Papagei, das Schobersied, aus ungedruckten Schriften die große Rede „Befriedung“ und zum Schluß das Gedicht „Nach dreißig Jahren“. Auch in dem ungünstigen Saale und vor einem Publikum, das zum Teil neu sein mochte und die bewährte Disziplin der Hörer Karl Kraus' vermisse lieh, setzte sich die Urgewalt der Stimme und des Wortes durch, daß gerade der letzte Teil der Vorlesung trotz der schwierigen Materie des Gedichtes „Nach dreißig Jahren“, das eine große Auseinandersetzung Karl Kraus' mit den Formen der Bürgerwelt im dreißigsten Kriegsjahre darstellt, und trotz der Versäufelung von ungeheurer Wirkung war. In feierlicher Ergriffenheit hörte das Publikum dieses Bekenntnis eines ein „Kämpfers an, der nach dreißig Jahren unentschiedenen Kampfes nach dem Abfall und Verrat so vieler Bundesgenossen keine Silbe seines Werkes preisgibt und in das vierte Jahrzehnt mit dem trennenden und herausfordernden Bekenntnis eintritt: „Hier Kämpfer, Künstler, Narr — und dort die Bürger!“ — Die noch ungedruckte Rede „Befriedung“ zeigt das satirische Siegel unter den Kampf gegen

Kerr, dem Karl Kraus „Befriedung“ bietet, wenn jener 20.000 Mark, annähernd den Betrag, den er zwischen 1914 und 1918 an Kriegsgeheimen verdient hat, den Kriegsblinden und Invaliden spende. Wieder und wieder rief die Hörerschaft Karl Kraus an diesem Abend, mit enthusiastischem Beifall Dank und Zustimmung bekundend. C. F.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag (153-4), 7 Uhr: „Die Frau von Formata“. Freitag, Ensemblegastspiel des Moskauer Kammertheaters Tairoff, 7 1/2 Uhr: „Das Gewitter“. Samstag, Ensemblegastspiel des Moskauer Kammertheaters Tairoff, 7 Uhr: „Tag und Nacht“. Sonntag, 2 1/2 Uhr: „Gulla di Gulla“. 7 Uhr, Ensemblegastspiel des Moskauer Kammertheaters Tairoff: „Girolle-Girolle“. Montag (158-1), 7 1/2 Uhr: „Die Frau von Formata“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag: „Frau Vidal hat einen Geliebten“. Freitag: „Die Königin der Nacht“. Samstag: „Gulla di Gulla“. Sonntag, 3 Uhr: „Ich betrüg' dich nur aus Liebe“. 7 1/2 Uhr: „Keinen aus Irland“. Montag (Bankbeamten I): „Wann kommst du wieder?“

Sport • Spiel • Körperpflege

Die schnellsten Staffeln in der Arbeiter-Leichtathletik.

Daß vier erstklassige Kurzstreckenläufer zusammen auch eine erstklassige 4x100-Meter-Staffel bilden müssen, ist durchaus nicht die Regel. Die Staffel ist nur dann zu besonderen Leistungen fähig, wenn jeder einzelne Läufer auch die Technik der Staffübergabe gut beherrscht. Auf diesem Gebiet haben die Arbeiter-Leichtathleten sehr viel gelernt, und da sie überdies ihre Lauftechnik sprunghaft zu verbessern wußten, fiel es ihnen nicht sehr schwer, die bestehenden Höchstleistungen in den Staffeldisziplinen um vieles zu überbieten.

Auf der 4x100-Meter-Strecke ist die Mannschaft von Helsinki-Kullervo die schnellste der Arbeiter-Sport-Internationalen: sie erreichte die glänzende Zeit von 43,7 Sekunden. Als die zweitbeste Mannschaft gilt Feuerbach (Deutschland) mit der Zeit von 44 Sekunden. Gleich an dritter Stelle steht der Arbeiter-Turnverein Wien, dessen Staffel die Strecke in 44,2 Sekunden bewältigte. Es folgen dann Berlin (44,6 und 44,9 Sekunden).

Die internationale Höchstleistung im Lauf über 10x100 Meter hat Wien mit 1:52,3 Minuten. Um 0,8 Sekunden schlechter durchlief Feuerbach die Strecke; den dritten Rang hat Redarau mit 1:53,5 Minuten inne den vierten Berlin und Leipzig mit 1:54,2 Minuten, den fünften Budapest und den sechsten Tampereen (Finnland).

In der Schwedenstaffel führt Finnland mit der Zeit von 3:04,2 Minuten vor Deutschland 3:04,8, Österreich 3:06,6, Lettland 3:08,6 und Schweiz 3:11,4 Minuten.

Finnland erzielte auch die Bestleistung in der Olympischen Stafette: 3:39 Minuten. Es folgen dann Ungarn 3:41,4, Deutschland 3:42,4, Österreich 3:45,7 und Tschechoslowakei 3:46,5 Minuten.

Finnland und das 2. Arbeit: Olympia 1931.

Die Arbeiterportler Finnlands beabsichtigen, am 2. Arbeiter-Olympia in Wien 1931 zu hundert teilzunehmen als jemals zuvor an einer großen internationalen Arbeiterveranstaltung. Für

Krankheiten? — — — Nein!
MORFI
GUM schützt Sie zuverlässig. 677

diesen Zweck gründete man in den Vereinen Sparlassen. Der Wien-Kasse des Vereines „Kullervo-Helsinki, der größten Leichtathletikvereingung des TUL, sind 25 Mitglieder beigetreten. Jeder Sparler hat sich verpflichtet, monatlich 100 finnische Mark (gleich 80 Kr) an die Kasse abzuführen. In Wien hat sich der Wunsch der finnischen Arbeiterportler. — Der finnische Arbeiterpostbund (TUL) hat den dritten Teil des Olympia-Garantiefonds bereits eingezahlt.

Berlin schlägt Wien. Das Endergebnis des Wasserball-Spiels lautet richtig 9:3; nicht wie geteilt zu lesen war: 4:4 — denn dieses Ergebnis wäre beim besten Willen nicht als ein überzeugender Sieg anzusprechen. Der Halbzeitstand wurde richtig wiedergegeben (3:2).

Aus der Partei.

Jugendbewegung

Soz. Jugend. Heute abends Probe- und Singabend. Beginn 8 Uhr. Vorher ab halb 7 Uhr Musikprobe. Sonntag, den 6. d. M. vormittags: Teilnahme an der Jugendschulung und der tschechischen Genossen. Treffpunkt 9 Uhr vorm. beim Museumingang. Nachmittags Ausflug nach Neratowitz. Treffpunkt 12.15 Uhr beim Denishofbahnhof.

Vorträge.

Univ.-Proj. Dr. W. Winterlich spricht: Sonntag, den 6. April um 17 Uhr im WUK-Saale in Prag II, Zitra 8, über Rahatma Ghandi, den Führer der indischen Freiheitsbewegung. Allgemein zugänglich. (Verführungs-bund.)

Literatur.

„Auf Jahre in Australien und auf der Insel Ponape.“ Von O'Connell, James F. Aus dem Englischen übersetzt und herausgegeben von Professor Dr. Paul Hambroch. Mit einer Karte und 43 Abbildungen auf Tafeln. (Verlag Schöel, Berlin.) Ganzleinen 5 Mark. Aus der Fülle der Werke über die Südsee ragt das Erlebnisbuch eines irischen Matrosen hervor. Dieser Matrose, der Anfang des neunzehnten Jahrhunderts mit einem Sträflingschiff nach Australien fuhr, wurde bei einer Reise im Jahre 1826 nach der Insel Ponape verschlagen. Er lebte dort unter den Eingeborenen bis zum Jahre 1833, wo ihn ein vorüberfahrendes Schiff von der Insel erlöste. Seine Aufzeichnungen über die Südsee-Inseln sind noch heute eine wichtige Fundgrube für die Verhältnisse auf Ponape. Das Buch hat ein merkwürdiges Schicksal gehabt; es existiert lediglich noch das Handexemplar des Verfassers in der Kongressbibliothek in Washington. England selbst dürfte ein nicht geringes Interesse daran gehabt haben, alle erreichbaren Exemplare zu vernichten, da der Verfasser in dem Teil seines Werkes über Australien recht offener über die „Sträflinge“, mit denen England damals dieses Land besiedelte, spricht. Das häufig geschriebene, mit interessanten Abbildungen versehene Werk wird viele Freunde finden.

„Die amerikanische Arbeiterbewegung und die amerikanische Demokratie.“ Von Will. English Walling. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin. Geb. 6.50 Mark, kart. 5.50 Mark. Ungemein zahlreich sind die in den letzten Jahren erschienenen Bücher, die über Amerika berichten, doch gab bisher keines, das mit der Ideenwelt der amerikanischen Arbeiterbewegung bekannt machte. Zwischen dem amerikanischen und europäischen Kapital bestehen vielfache Verbindungen, doch zwischen der Arbeiterchaft der beiden Erdteile fast gar keine und die amerikanischen Gewerkschaften verhalten sich in ihrer großen Mehrheit dem Sozialismus gegenüber ablehnend. Sind sie auch unpolitisch, wie man bei uns vielfach annimmt? Klärung über diese und viele andere Fragen gibt dieses Buch, das eine Lektüre ausfüllt und, obwohl es für amerikanische Leser geschrieben, manche historische Details enthält die dem europäischen Leser Vorlesensstoff zuzahlen, ist es doch eine gute Quelle zur Beurteilung der amerikanischen Arbeiterbewegung. Das 207 Seiten starke Buch ist in zwei Teile gegliedert: „Arbeiterchaft“ und „Politik“ und „Arbeiterchaft und Regierung“. Befremdend wirkt oft die Art, wie der Verfasser zum Sozialismus steht, aber aus den Darstellungen des Buches über die neueste Entwicklung der amerikanischen Arbeiterbewegung selbst geht hervor, daß sich auch in Amerika eine langsame Wendung zum Sozialismus vollzieht. Wer sich über Politik und Gewerkschaften in Amerika gründlich informieren will, für den öffnet sich hier eine wahre Fundgrube des Wissens. r.

Herausgeber: Stefan Tschub. Chefredakteur: Wilhelm Richter. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strach. Druck: Kolo W. G. für Setzung und Buchdruck Prag für den Druck verantwortlich Otto G. u. H. G. Die Betriebskosten der Druckerei werden von der Verlagsanstalt getragen. Die Betriebskosten der Druckerei werden von der Verlagsanstalt getragen. Die Betriebskosten der Druckerei werden von der Verlagsanstalt getragen.

Sie war erst sechzehn Jahre. . .

Von B. Michailoff.

Miana war noch nicht sechzehn Jahre alt, da schien es, als habe sie sich auf einmal geändert, sei gewachsen — schlank und biegsam wie eine Weinstocke . . . Auf einmal?

Wer merkte denn, wie der Frühling seine grünen Haare löst, wie er andächtig gleich einer Schwester die Erde küßt, wie sein warmer Atem die Knospen der großen Rosen in den Bergen springen läßt?

So wurde Miana ein stolzes, selbstbewußtes Mädchen, verließ das Spiel, die Weide, die Kinder. Ihr schwarzes Haar flocht sie um die Stirne zum Kranz. Sie ward bekannt; im Dorfe sah man sie schon als die Schöne an. Groß und klein wandte sich um mit dem Rufe: „Diese Jugend!“

Jugend: Die Augen — Flammen. Das Gesicht — eine Wirsichblüte, der Mund — eine Honigblume.

Aber sie verschenkte sich nicht. Einmal hatte sie Saphir um die Hüften gepackt, sie aber entliefte wie ein Sperling und schlug ihm ins Gesicht. Seitdem sah sie ihn nicht mehr an. Trat er beim Tanze zu ihr, so lief sie fort, wollte er aus ihrem Arme trinken, zerbrach sie ihn. Ein, zwei Monate später verlor er es wieder — vergebens. So verlor er nun seine Tage — und sein Leben: Er betrank sich, ließ Pflug und Sense liegen. Konnte man denn mit Gewalt die Liebe erzwingen?

Eines Abends versammelten sich die Mädchen bei Miana. Es war gerade Mais geerntet worden, den mußten sie schälen. Später kamen auch fünf, sechs von den Burschen.

Man begann zu singen. Ein Mädchen hub an und die anderen fielen im Chore ein.

„Se! Mag er tanzen, mag er tosen . . . je, he, he! . . .“

Und so fort ohne Ende. Der Kessel dampfte überm Feuer. Man zog einige milchige Rollen heraus, einen für jeden; daß man gesund bleibe bis übers Jahr. Und ob sie hungrig waren? Sie warfen nicht nur mit den Maiskörnern. Miana sah zwischen zweien, stieß sie in die Rippen oder reichte ihnen Mais. Tat der eine den Mund auf, so gab sie dem andern und lachte.

„Etch, hab ich dich angeführt!“ Rufe bei ihnen kisterten zwei.

„Schau, Saphir hat sie abgewiesen. Aber er ist reich, was will sie . . .“

„Doch, als ich kam, traf ich ihn — er kam aus dem Wirtshaus, und wie hat er getrunken! . . . Er kam kaum die Treppe hinunter . . .“

„Und ich“, mischte sich eine dritte ein, die etwas aufgefressen hatte, „ich habe gesehen, seine Augen glänzten . . . und dieser Mund . . . als wollte eine Ratter daraus hervorkommen . . . ist sie bei Bestand, die Miana?“

Aber sie redete nicht aus. Geräuschvoll öffnete sich die Türe, und Saphir erschien — groß, wohlgebaut, mit blonden, hängendem Schnurrbart. Das Hemd war aufgekoppelt, das Haar sträubte sich — aus Wut oder Aufregung. Auf der linken Wade waren blaue Flecken, wie von einem starken Schläge.

Alle schwiegen. Nur die Lampe summite, die in der Mitte hing. Er sah der Reihe nach alle wütend an und hielt bei Miana inne. Die Judke zusammen und wandte nicht mehr die Augen von ihm. Sie betrachtete seine Nasenflügel, den hängenden Mund, die Falten um Brauen und Stirn.

„Seid doch lustig, he!“ rief er ihnen spöttisch zu.

Niemand gab Antwort. Man wußte; ließ man sich mit ihm ein, wußte man es hüben.

„Im, ich bin wohl eine Vogelscheuche? Ha? . . .“ Er blinzelte mit beiden Augen und sein Gesicht verzerrte sich gleichzeitig zu einem schwachen Lächeln.

„Wach, daß Du fortkommst!“ ertönte befehlend die Stimme von Mianas Mutter, einem schwachen, mageren Frauchen, das schon ihre Fünzig auf dem Buckel hatte, aber immer noch lebendig und tapfer war. Ihr Mann war vor kurzem erschlagen worden und die Sorge um Haus und Habe ihr zugesallen. „Wach, daß Du fortkommst“, sag ich Dir . . . oder willst Du, daß . . .“

„Warum?“

„Du hast hier nichts zu suchen . . .“

„Ich habe . . . ich habe . . .“ Du wirst sehen . . . wart nur ein wenig . . .“

„Was werd ich warten . . . mit einem Trunfensbold . . .“ und sie stieß ihn.

„Ach, Trunken . . .“ schrie er wütend und schlug zu. Die Lampe zerprang. Es wurde dunkel. Die Mädchen schrien auf, schmiegen sich aneinander.

„Nein, nein . . . Dir werde ich nicht gehören . . . Niemand!“ stieß Miana zwischen den Zähnen hervor.

„Schau einer an, Du Viech! . . . Deswegen also?“ rief ihre Mutter.

„Und anderen?“

„Niemandem!“

„Recht so . . . Du . . .“ Und in der Dunkelheit stürzte etwas schwer zu Boden . . . Am nächsten Tage führten die Gendarmen Saphir ab, und Miana, die junge, hübsche, schmückte man mit Blumen und Kleidete sie in ihr ewiges Gewand. (Berechtigte Uebersetzung aus dem Bulgarischen.)